

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 104

April/Mai 2021



Freie Fahrt für freie Bürger

INHALT

Im September wird der Rat neu gewählt	
Weiter Zufallsmehrheiten statt Politik?	3
Wer redet wie oft im Stadtrat	
Die Kleinen haben viel zu sagen	4
Oberbürgermeister Dr. Jörg Nigge und sein Masterplan	
Kippen sammeln gegen Klimawandel	5
Flüchtlingsrat Niedersachsen kritisiert Gebührensatzung	
13,44 EUR pro qm – wie das?	8
Setzt der Landkreis endlich auf CO2-freie Technik?	
Photovoltaik statt BHKW	9
Wohnungsbau / Impfdränglei	11
Leerstand kreativ und sozial nutzen	12
Aus der Bahn geworfen? Alpha-E	13
Meldungen	14
Laternengespräche: Über den Wolken ...	
... vermehrt sich Kapital	16
Rheinmetall: Rendite schaffen mit mehr Waffen	18
Rheinmetall: Italien stoppt Rüstungsexporte	19
Lieferkettengesetz - Papiertiger oder Meilenstein?	20
Möller Stiftung fördert Jander und Garcés	21
Besser Wohnen – Studien zu Arno Schmidt	23
Moria-Komplex & Drohnenmacht	24
Ansull/Papierstreifen	25
Grundrechte in Corona-Zeiten	26
Wie wir uns beim Klimaschützen ...	
...(oft) in die Tasche lügen	28
Online-Vorträge	31



Liebe Lesende,

wir freuen uns, dass ihr in Corona-Zeiten – wo uns die „Vertriebsstellen“ fehlen – das letzte Heft so fleißig in digitaler Form genutzt habt. Das werden viele von euch wohl auch mit dieser Ausgabe wieder machen müssen.

Waren wir vor 10, 15 Jahren oft ein Fachblatt für Antifaschismus, so hat sich das zuletzt in eine Art Fachblatt für lokalen Klimaschutz gewandelt. Wie nötig das ist, zeigt sich zum Beispiel bei Oberbürgermeister Dr. Jörg Nigge (siehe Seite 5-6), aber lernfähig sind wir ja hoffentlich alle.

Das Titelbild zeigt, wie in diesem Winter der Weg freigeräumt wurde für die Ostumgehung. Wie ist das in dieser Zeit noch zu rechtfertigen? Da werden 250 Millionen Euro in ein Verkehrsprojekt ausgegeben, das letztlich ein Ausdruck der Mobilitätsfantasien der 1960er/70er ist – und im Celler Rathaus beklagt man sich darüber, dass 100 Millionen Euro für die Sanierung bestehender Straßen fehlen. Und für die Verbesserung anderer Mobilitätsformen fehlt es selbst für kleinere „große Würfe“ an Geld. Oder eben nicht wirklich – die Prioritäten werden nur falsch gesetzt.

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Juni, Redaktionsschluss ist Mittwoch, der 19. Mai.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Weiter Zufallsmehrheiten statt Politik?

Am 12. September 2021 sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Es geht um Kreistag, Stadt- und Gemeinderäte – und in einigen Fällen auch um die Hauptverwaltungsbeamten. Während sich OB Nigge nicht der Wahl stellen muss, wird nach dem Abtritt von Klaus Wiswe die Wahl eines Landrats erforderlich.

Wir wollen in den drei Heften bis zur Wahl auf die Bilanzen der Parteien in Stadt- und Kreistag schauen und dann auch ihre Programme analysieren. Hier beginnen wir mal mit einem Blick auf den aktuellen Stadtrat.

Im GG Art 28 ist zu lesen: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

Das klingt gut, erfährt aber in den letzten Jahren für viele Kommunen eine gravierende Einschränkung dadurch, dass ihnen das Geld fehlt zu gestalten, statt nur den Staus Quo zu verwalten.

Dazu kommt, dass sich im Zuge neoliberaler Ideologie ein Verständnis durchzusetzen scheint, dass die Stadt als Konzern sieht. Gewollt und gemeint ist eine Orientierung der Kommune an der Privatwirtschaft. Die Hauptverwaltungsbeamten sind in diesem Bild dann quasi der Konzern-Vorstand, und für die gewählten Gremien bleibt die Rolle als Aufsichtsrat. Das Bild von der „Stadt als Konzern“ schwächt insgesamt „Politik“ als Auseinandersetzung um politische Alternativen und befördert ein technokratisch-marktgerechtes Verständnis von Lösungen.

Immerhin: Selbst im Celler Stadtrat bemühen sich alle Fraktionen zusätzlich darum, Impulse zu geben, wo Richtungsentscheidungen schon kaum möglich sind.

Im Stadtrat hat zudem das letzte Wahlergebnis nicht den Rat gestärkt, sondern die Verwaltung. Wie ist aktuell das Kräfteverhältnis im Rat?

Die CDU-Fraktion zählt 15 Mitglieder, davon drei Frauen (Quote = 20 %) - dazu kommt der auch im Rat stimmberechtigte Oberbürgermeister; die SPD-Fraktion hat aktuell noch neun Mitglieder (davon drei Frauen = 30 %). Die AfD stellt mit vier Mitgliedern schon die drittstärkste Fraktion (Frauenquote = 0 %). Bündnis '90/Die Grünen hat drei Mitglieder (davon eine Frau = 33 %). Die FDP besteht aus zwei männlichen Mitgliedern; Die Unabhängigen aus einer Frau und einem Mann. Zusammengefasst haben sich die Vertreter der Wählergemeinschaft und von Die Partei. Eine Fraktion bilden auch der Vertreter vom BSG und die Vertreterin von Die Linke. Als Abspaltung der SPD gibt es neuerdings eine Fraktion Zukunft Celle mit drei Mitgliedern (Frauenquote = 66 %).

Dass derart viele kleine Parteien und Wählergruppen vertreten sind, hat damit zu tun, dass es bei den Kommunalwahlen keine 5 %-Hürde gibt.

Im Unterschied zu den allermeisten anderen Städten gibt es in Celle seit Jahren keine "Koalition", die mehrheitsfähig einen (kleiner Scherz:) Fünf-Jahresplan verfolgt. Politisch eng beieinander sind CDU, FDP und Unabhängige - aber sie kommen zusammen eben nur auf 20 Stimmen; für eine Mehrheit im 43-köpfigen Stadtrat wären 22 Stimmen erforderlich. Die andere Seite im Rat kommt zusammen auf 19 Stimmen. Und dazu kommen die vier Sitze der AfD.



Deshalb zum Beispiel gibt es fast jedes Jahr ein Geetere um die Verabschiedung des Haushalts, der in der Regel nur eine Mehrheit gefunden hat, weil der SPD an einem Punkt ein Zugeständnis gemacht wurde (z.B. Sanierungsgebiet Neuenhäusern früher als geplant).

Weitaus problematischer aber – und wir sind merkwürdigerweise die Einzigen die immer wieder darauf hinweisen: Bei einigen Entscheidungen von Gewicht (z.B. Abgabe der Jugendhilfe an den Kreis) hat Nigge nur mit Hilfe der AfD eine Mehrheit bekommen.

Die Kommunalwahlen in Niedersachsen finden zwei Wochen vor der Bundestagswahl statt. Das dürfte den im Bundestag vertretenen Parteien zu Gute kommen, weil im auf sie konzentrierten Interesse die kleinen Wähler*innen-Gruppen medial eher untergehen werden.

Zu erwarten ist dann für die Kommunalwahl in Celle vielleicht folgendes Bild: Die CDU wird noch einmal Sitze verlieren, ist also gezwungen, sich einen „Koalitions“-Partner zu suchen. Die SPD hat außerordentliches Glück, dass sie mit dem ehemaligen OB Dirk-Ulrich Mende als Bundestagswahlkreiskandidaten ein Zugpferd am Start hat. Wenn ihr damit in Celle doch noch einmal gelingen sollte, zweitstärkste Kraft zu werden, wird es wohl zu einer stillen oder offenen „Hochzeit“ zwischen CDU und SPD kommen.

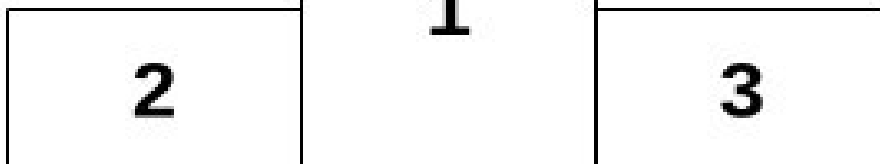
Aber vielleicht erleben wir ja auch ein grünes Wunder und eine „linke“ Mehrheit macht Nigge das Leben richtig schwer.

Die Kleinen haben viel zu sagen

Der Celler Stadtrat findet in der Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit. Das liegt leider auch an der für die Information eigentlich so wichtigen Celleschen Zeitung. Wer mal in Ausgaben der 1970er oder 1980er Jahre schaut, wird erstaunt sein, dass seinerzeit Ratssitzungen eine ausführliche Berichterstattung zum Teil über zwei Seiten erfahren haben. Die Leser*innen konnten so tatsächlich teilhaben an den Argumentationen der einzelnen Fraktionen zu den unterschiedlichen Themen. Heute können wir froh sein, zu wichtigen Fragen überhaupt ein Abstimmungsergebnis zu erfahren. Aber auch sonst ist das öffentliche Interesse eher gering. Das auf youtube eingestellte Video der Ratssitzung vom Februar hat bis zum Redaktionsschluss nicht einmal 300 Aufrufe erfahren; „live“ dabei waren nicht einmal 100 Bürger*innen.

So ist es doch einigermaßen überraschend, wie „lebendig“ doch manche Ratssitzungen sind. Den größten Beitrag dazu leistet verständlicherweise die „Opposition“. Unser Praktikant hat die Ratsprotokolle der Wahlperiode bis Ende 2020 ausgewertet hinsichtlich der Redner*innen, die am häufigsten das Wort ergriffen haben (wie bei den Lottozahlen: ohne Gewähr). Und siehe da – es sind die kleinen Fraktionen, die hier groß herauskommen. Am häufigsten ans Redner*innen-Pult trat der Fraktionschef von Bündnis '90/Die Grünen, Bernd Zobel – insgesamt 81 mal. Auf Platz zwei: Oliver Müller, Fraktionschef von Die Linke/BSG, mit 77 Wortbeiträgen. [Das „Rennen“ zwischen Zobel und Müller ist für die ganze Wahlperiode also noch nicht entschieden.] Und auf Rang drei liegt Udo Hörstmann von den Unabhängigen, der 56 mal das Wort ergriff.

Das ist selbstverständlich nicht überraschend, weil sich in den größeren Fraktionen die Redebeiträge auf „Fachpolitiker*innen“ verteilen. Überraschend ist aller-



dings, dass die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion mit zusammen 150 bzw. 160 Redebeiträgen gerade mal so oft ans Pult treten wie Zobel und Müller zusammerechnet.

Schauen wir, wer sich unter den Top 10 befindet:

4. Anatoli Trenkenschu (AfD)	49
5. Patrick Brammer (SPD)	47
6. Daniel Biermann (AfD)	45
7. Heiko Gevers (CDU)	41
8. Thorsten Schoeps (WG)	38
9. Christoph Engelen (SPD)	37
10. Stephan Ohl (B'90/Die Grünen)	34

Bei den Frauen liegt Inga Marks (31) und Uta Rodenwaldt-Blank (28), beide Zukunft Celle, vor Juliane Schrader (20) von B'90/Die Grünen.

Drei Ratsmitglieder haben übrigens noch nie das Wort ergriffen; sechs haben gerade ein Mal geredet.

Die Zahl der Anträge und Anfragen sind ein anderes Zeichen für die „Aktivität“ der Fraktionen. Hier das „Ranking“ (die Fraktion „Zukunft Celle“ hat sich erst 2021 gebildet):

1. SPD	102
2. B'90/Die Grünen	74
3. FDP	70
4. WG/Die Partei	50
5. CDU	48
6. AfD	47
7. Die Linke/BSG	39
8. Unabhängige	36

Hier ist vielleicht anzumerken, dass Antrag nicht gleich Antrag ist. Da gibt es auch viel Kleinteiliges.

Von Oberbürgermeister Nigge, der im Rat übrigens 35 mal das Wort ergriff, kennt der Rat zwischenzeitlich eine Standardfloskel: „*Sie reden hier alle, aber sie machen nichts.*“ Dieser wiederkehrende Vorwurf, vom Rat gingen keine Initiativen aus, geht angesichts der Vielzahl der Anträge völlig ins Leere.

Vielleicht würden sogar noch mehr Anträge gestellt, wäre nicht eine wiederkehrende Erfahrung der Fraktionen, dass ihre Anträge und Anfragen in Ablagen verschwinden, ohne von der Verwaltung bearbeitet zu werden. Und das trifft erstaunlicherweise auch die CDU und die FDP.

Kippen sammeln gegen Klimawandel

Es hatte Züge von Trumpismus, als Oberbürgermeister Nigge bei der Klimadebatte im Rat im Februar ans Rednerpult ging, um für fünf Minuten seinen Narzißmus zu pflegen, Gegner anzuprangern und seine bodenlose Unkenntnis des Gegenstands zu offenbaren.

Die Verwaltung hatte eine Art „Bestandsaufnahme“ vorgelegt, die in dem Vorschlag mündete, ein Fachbüro mit der Ausarbeitung eines Klimaschutzplans zu beauftragen. Nach der Klimanotstands-Resolution vom November 2019 hatte die Verwaltung dafür also ein ganzes Jahr gebraucht. Die Redner*innen von B'90/Die Grünen und Die Linke/BSG nahmen dies zum Anlass eine Art Stabsstelle Klimaschutz zu fordern – mit mehr Personal.

Oliver Müller (BSG) hatte in seiner Rede konstatiert: *„Ich habe leider den Eindruck, dass die Verwaltungsspitze dem für unsere Zukunft entscheidenden Thema der Klimakatastrophe nicht das erforderliche Gewicht einräumt. [...] Wer Klimaschutz mit der angemessenen Ernsthaftigkeit angeht, sieht, dass die personelle Aufstellung im Rathaus nicht annähernd ausreicht. Wir haben, um diesem Beschluss hier mehr konkrete Ernsthaftigkeit zu geben, den Antrag gestellt, dass eine Stabsstelle Klima eingerichtet werden solle, um Kompetenzen aus allen möglichen Fachbereichen in unsere Klimaziele einzubringen. Der OB verweigerte hierzu die politische Diskussion: Personalplanung sei sein Hoheitsgebiet, und schließlich reiche ein Mitarbeiter, um dieses Thema zu bearbeiten. Das verdeutlicht doch, wo im Konzern Celle unseres OB die Prioritäten liegen: Wir beschäftigen sechs Mitarbeitende im Kommunalen Ordnungsdienst, die sorgen also dafür, dass unsere Stadt schön sauber & sicher sein möge – und wir leisten uns eine Person, die das Thema saubere Klimapolitik bearbeitet.“*

Und Müller hatte in einem Satz auch ein Dauerthema gestreift: die Ausweisung von Neubaugebieten ohne Klimaschutzauflagen: *„Können wir nicht durchgängig beim Eigenheimbau auf von uns erworbenen Grundstücken*

Null-Energiehäuser erwarten?“

Nigges Redebeitrag ist unten dokumentiert. Es ist erschütternd, wie wenig er von der Klimakatastrophe begriffen hat. Im Kern besteht seine Reaktion darin zu sagen, man mache doch schon viel im Umweltschutz. Wieso ist Umweltschutz nicht gleich Klimaschutz?

Zum „Umweltschutz“ gehören – vereinfacht gesagt – alle Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, also zum Beispiel auch Maßnahmen gegen Zigarrenkippen im öffentlichen Raum. Zum „Klimaschutz“ werden alle Maßnahmen gerechnet, die der Verringerung von Treibhausgasemissionen dienen. Da das Klimasystem ein Teil der „Umwelt“ ist, ist jede Klimaschutzmaßnahme auch eine zum Umweltschutz. Aber: Die breite Umweltschutzgesetzgebung bei uns bezweckt in der Regel nicht Klimaschutz. Mit der Sanktionierung des Wegwerfens von Zigarettenkippen wird kein Klimaschutz betrieben.

Nigge hat das offensichtlich nicht begriffen, führt er doch auf, dass neben dem Klimaschutzbeauftragten „fast 15“ weitere Mitarbeiter*innen mit Umwelt- und Naturschutzfragen befasst seien. Dazu zählt er anscheinend auch die fünf Mitarbeiter*innen des sogenannten „Kommunalen Ordnungsdienstes“. Aber gerade daran wird es überdeutlich, denn diese haben wirklich nichts mit Klimaschutz zu tun.

Seine zweite „Erzählung“ geht so: Wenn der Rat mit Inhalten (= Vorschlägen) zu Klimaschutzmaßnahmen käme, dann würde er offen sein für Personalerweiterungen. Zwei Fehler auf einmal:

Erstens ist es selbstverständlich seit langem eine Aufgabe der Verwaltung Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln. Vor zehn Jahren schon hat der Stadtrat erstmals einen Klimaschutzaktionsplan beschlossen, dessen Umsetzung selbstverständlich auf Seiten der Verwaltung liegt. Aber diese ist nicht einmal in der Lage, die seitdem ergriffenen Maßnahmen zu evaluieren. Sie hat nach dem

Rede von OB Dr. Jörg Nigge

Bringen Sie doch erst mal Maßnahmen, Vorschläge konkreter Art, und dann sage ich Ihnen auch, ob die Stelle des Klimaschutzmanagers überlastet ist. Das scheinen Sie ja alle sehr gut zu wissen. Aber Sie haben ganz vergessen: Klimaschutz ist auch Umweltschutz und Naturschutz – und wir haben ein ganzes Amt für Umwelt- und Naturschutz. Das sind mehr als zehn Mitarbeiter, das heißt: Wir haben nicht nur einen Klimaschutzmanager – im übrigen kann ich ihn gern als Stabsstelle titulieren, wenn Ihnen das hilft; dann wird er bei Frau Kuhls als Fachbereichsleitung angesiedelt sein.

Vielleicht ist dann ja Ruhe und es hat Ihnen wirklich geholfen. Nein, wir haben auch wirkliche Profis im Umwelt- und Naturschutz, die das tatsächlich studiert haben, sollten Sie gar nicht glauben. Das heißt, wir sind mittlerweile mit fast 15 Mitarbeitern dabei Klima-, Umwelt- und Naturschutz zu treiben. Und nicht nur das. Wir gehen nicht nur ganz fokussiert mit einer Person darauf ein, sondern wir haben sechs Fachbereiche in dieser Verwaltung. Und anhand der Klimaschutzfolgen bei Beschlussvorlagen ist jeder Amtsleiter verpflichtet, sich dieses Themas anzunehmen und in seinem Fachbereich umzusetzen. Das nennt man interdisziplinär. Und nicht nur fokussiert mit einer Person. Und das >

koordiniert die Stabsstelle Klimaschutz.

Und ich kann Ihnen sagen, sobald wir überlastet sind und das nicht mehr schaffen, sage ich Ihnen ganz schnell Bescheid und wir werden neue Personen einstellen.

Noch sind wir das nicht. Aber vielleicht kommen von Ihnen ja irgendwann einmal Inhalte, und dann könnte es passieren, dass es so ist.

Und lieber Herr Müller, der Kommunale Ordnungsdienst – im übrigen fünf Personen und nicht sechs – das zeigt, wie sehr sie sich mit der Verwaltung auseinandersetzen und auskennen, obwohl Sie Teil des Ganzen sind, der betreibt aktiven Umweltschutz. Den haben wir nämlich deswegen eingestellt, weil er in der Altstadt und überall herum das Müllproblem lösen soll. Genau die Zigarettenkippen, die nämlich die Raucher – ich glaube, Sie rauchen auch - irgendwo hinschmeißen – die sammelt er nicht nur auf, sondern er sanktioniert es auch. Und es sind immer weniger Menschen, die ihre Zigarettenkippen, die sehr umweltschädlich sind – Sie müssen sich jetzt nicht echauffieren, ich habe Ihnen nichts unterstellt, vielleicht haben Sie jetzt auch E-Zigarette, ist auch wunderbar – aber diese Kippen, die sammelt er auf – und es

ist schon sehr viel weniger geworden in der Stadt.

Und – wenn man mit einem 30 oder 20 Jahre alten Auto durch die Stadt fährt – Sie kennen sowas ja, dann wird er Sie auch aufhalten.

Sehr spannend finde ich die Forderung [auf einen Zwischenruf hin: polemisch kann ich auch] nach Null-Energie-Häusern. Ich weiß nicht [auf einen Zwischenruf: Ach Herr Rodenwaldt, gucken Sie mal nach was Diffamierung ist, dann können wir mal darüber reden, was das war ... ich rede aber gerade mit Ihnen allen, und mit Ihnen unter vier Augen – hätten wir letzte Woche machen können, da haben wir ja unter vier Augen zusammengesessen.

Null-Energie-Häuser – ich weiß nicht, ob Sie sich damit den Grünen anschließen wollen, die gar keine Einfamilienhäuser mehr wollen, aber vielleicht denken Sie mal an die vielen, vielen Menschen, die sich ihr Eigenheim erfüllen wollen: Null-Energie-Häuser sind Reichen-Häuser. Und es ist ja sogar so, dass wir eine Klima-Siedlung ausgeschrieben haben. Da werden Sie als Vorbild dienen können und ein Null-Energie-Haus für viel Geld bauen können.

„Klimanotstands-Beschluss“ vom November 2019 ein Jahr gebraucht, um eine sehr schmale „Alibi-Vorlage“ zu erstellen mit der Konsequenz, man müsse wohl ein Büro mit einem Konzept beauftragen.

Zweitens haben die Fraktionen im Rat durchaus eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, die die Verwaltung allerdings nur wenig effektiv bis gar nicht abarbeitet – bzw. auch wieder an Büros nach außen abgibt, siehe Fahrrad-Konzept.

Und selbstverständlich nervt den OB die Kritik an der von ihm betriebenen Ausweitung von Neubaugebieten, denen in der Regel energetische Auflagen fehlen, die also in hohem Maße klimaproblematisch sind.

Dass er nicht nur in der Frage des Rauchens „persönlich“ wird, sondern seinem Kontrahenten auch das fahren eines 20 Jahre alten Autos vorwirft, sagt einerseits viel über seinen Charakter – andererseits ist ihm nicht einmal klar, dass er in dieser Frage im Glashaus sitzt.

Sein Vorgänger, Dirk-Ulrich Mende, fuhr als Dienstwagen einen VW Passat GTE, ein Elektro-Benzin-Hybrid mit einem offiziell angegebenen CO₂-Ausstoß (NEFZ) von 38 g/km. Eine zumindest symbolische Wahl, wenn wir mal von dem verlogenen Konzept der Automobilindustrie bei diesen Hybriden absehen.

Nigge stieg sofort um auf einen Benziner, einen Audi A6 – welches Model genau können wir nicht sagen. Aber nehmen wir einfach an, es handele sich um einen „sport 45 TDI“; der ist hinsichtlich CO₂-Ausstoß ausgewiesen mit 151 g/km.

Das Ratsmitglied Oliver Müller fährt einen jetzt 21 Jahre alten Mercedes-Benz-Kombi E 200 Kompressor (in der Luxusvariante mit Zigarettenanzünder – siehe unten), offiziell angegebenen CO₂-Ausstoß (NEFZ) von

229 g/km. Den Wagen hat er vor vier Jahren mit einem KM-Stand von etwa 145.000 gekauft, heute stehen 165.000 auf dem Tacho – Fahrleistung pro Jahr also 5.000 km. Das ergibt pro Jahr einen durchschnittlichen CO₂-Verbrauch von 1.145 kg.



Aber: Es ist nicht Bürger Müller, der sich für die Wahl seines fahrbaren Untersatzes rechtfertigen muss, sondern selbstverständlich der Oberbürgermeister.

Und sich als OB alle ein, zwei Jahre eine neue Luxuskarre in die Dienstgarage stellen zu lassen, ist unter der so oft angemahnten Wirtschaftlichkeit völlig unangemessen. Aber es passt zum Kennzeichen: CE-X

Ach so: Auf welcher rechtlichen Grundlage der Oberbürgermeister in der Altstadt 20 Jahre alte Autos „aufhalten“ lässt, kann er sicher erklären.

Kurz vor Redaktionsschluss entdecken wir, dass die Stadt die Stelle eines Klimaschutzmanagers ausschreibt – aber nicht eine zusätzliche, sondern als Ersatz für den bisherigen, der woanders wohl bessere Chancen sieht, für den Klimaschutz zu wirken.

Stadt Celle: klimaneutral bis 2035?

Es hat einen gewissen Charme, dass die Ratsfraktion von B'90/Die Grünen Eins zu Eins die Zielvorstellungen von Fridays for Future in einen Antrag packt:

1. Die Stadt Celle beschließt die Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035. Dieses Ziel wird verbindlich im zu erstellenden Klimaschutzkonzept und im Klimaschutzaktionsplan festgelegt. Um dieses Ziel zu erreichen, stellen die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik alle erforderlichen Mittel, also finanziell, planerisch, organisatorisch etc. bereit bzw. entwickeln diese.
2. Ein Konzept der Bürger*innenbeteiligung ist integraler Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes. Hierzu wird ein Beirat für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung eingerichtet.
3. Über Ergebnisse des Beirates wird jährlich öffentlich berichtet.

Dabei stützen sie sich auf die für FfF mit Unterstützung der GLS Bank erstellte Studie des Wuppertal Instituts.

Es war nicht unbedingt zu erwarten, dass die eher realpolitisch ausgerichteten Celler Grünen damit den Programmwurf der Partei zur Bundestagswahl toppen: (Dort wird „nur“ für 2030 eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 70 % gegenüber 1990 gefordert.) Eine Mehrheit gibt es dafür aktuell im Rat nicht. Aber – vorausgesetzt, es ist Ernst gemeint – können B'90/Die Grünen damit vor Ort zu einer für die Klimagerechtigkeitsbewegung wichtigen Partnerin werden.

Denn auch „außerparlamentarisch“ hat Fridays for Future einigen alten und neuen Aktivist*innen dahingehend Aufwind verschafft, dass sich unterschiedliche Initiativen in der „Klimaplattform“ zusammengefunden haben:

ADFC Kreisverband Celle • Altstadt Celle neu denken • BUND Kreisgruppe Celle e.V. • Bunte Beete e.V. • Celler Lastenrad Initiative • Climate Watch Celle • Foodsaving Celle • Fridays for Future Celle • Land-In-Sicht-Transition (LIST) Celle • NABU Gruppe Stadt Celle e.V. • Parents for Future Celle • Refill Celle • VCD Kreisgruppe Celle

Und die Gruppen bewegen sich trotz ihrer Unterschiede nicht auf einem nur kleinen gemeinsamen Nenner. Das zeigt die als Offener Brief verfasste Stellungnahme zum Klima-Aktionsplan der Stadt (siehe bei www.climate-watch-celle.de/).

Die FfF Ortsgruppe macht – von außen betrachtet – gerade eine kritische Phase durch. Die Mobilisierungsfähigkeit von Celler Schüler*innen ist praktisch gleich Null. In der Tendenz gilt das fast bundesweit. Zwar gab es am 19. März Aktionen in 280 Städten. Aber im Wissen um die fehlende Mobilisierungskraft blieben diese häufig symbolisch (mit Ausnahmen vor allem in den

größeren Städten von NRW).

Woran mag es liegen? In Social-Media-Zeiten kann sich niemand damit entschuldigen, es nicht mitbekommen zu haben. „Corona“ gilt nicht als „Ausrede“, aber: Selbstverständlich ist die Schule als Ort sozialer Kommunikation gerade ausgeschaltet. Trotzdem erschließt sich nicht, dass in „sleepy Celle Town“ wirklich niemand unter 20 mehr für Klimagerechtigkeit auf die Straße gehen mag. Versammelt sich in den Oberstufen wirklich eine einzige Bande neoliberaler Spießer*innen?

Aber selbstverständlich steht die ganze Klimagerechtigkeitsbewegung vor der Frage, wie es gelingen kann,



gesellschaftlich stabil mehrheitsfähig zu werden.

Nach einer Umfrage der Europäische Investitionsbank halten 59 % der Bevölkerung den Klimawandel für die größte Herausforderung und sogar 87 % sind der Auffassung, dass der Klimawandel den Alltag ihrer Kinder verändern wird. Daran gilt es anzuknüpfen, um eine gesellschaftliche Basis für die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation zu bekommen.



13,44 EUR pro qm – wie das?

Am 25. April verabschiedete der Stadtrat mehrheitlich eine „Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle“. Im Vorfeld hatte der Niedersächsische Flüchtlingsrat scharf kritisiert, was sich dahinter verbirgt.

Die Stadt hat schon immer etliche sogenannter „Schlichthäuser“, die für die Unterbringung von Obdachlosen vorgesehen sind. Hier werden mit den Bewohner*innen keine Miet-, sondern sogenannte Nutzungsverträge geschlossen.

Ab 2015 neu hinzugekommen ist eine Kategorie „obdachlose Geflüchtete“. Sie sind z.B. in Wohnungen „eingewiesen“ worden, die die Stadt von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) angemietet hatte, also etwa Reihenhäuser die vorher mal von Bundeswehrangehörigen oder Angehörigen der britischen Armee genutzt worden waren. Statt einen normalen (Unter-)Mietvertrag zu machen, hat die Stadt diese Wohnungen über Nutzungsverträge belegt.

Der Streit geht jetzt darum, dass die Nutzungsgebühren exorbitant angehoben werden – von bisher 11,19 auf 13,44 EUR/m² – also um etwa 20 %. Eine 75 qm-Wohnung kostet so – all inklusive gewissermaßen: 1008 EUR.

Werfen wir einen Blick darauf, wie sich diese Kosten im Einzelnen verändern:

	alt	neu
Grundgebühr	6,46	5,82
Heizkosten	1,69	2,57
Stromkosten	0,87	0,80
Hausverwaltung	2,17	4,25
Summe	11,19	14,44

Die Heizkosten erhöhen sich um 52 % und die Kosten für die Hausverwaltung gar um 96 %. Die Stromkosten und die Grundgebühr gehen leicht zurück.

Diese Berechnung der Quadratmeterkosten kommt zustande, indem alle Kosten nach den jeweiligen Kostenstellen addiert und dann durch die Gesamtquadratmeterzahl für alle Wohnungen dividiert werden. Das lässt sich vielleicht noch argumentativ herleiten für die Unterbringung von vier sich fremden Personen in einer Obdachlosenwohnung. Es lässt sich nicht mehr rechtfertigen für Haushalte, die in abgeschlossenen von einander getrennten Wohnungen leben. Beispiel: Familie A, die ihre Wohnung mit 21 Grad heizt, wird genausoviel berechnet, wie der Familie B, die ihre Wohnung mit 24 Grad heizt. Oder noch kurioser: Stromkosten auf qm zu beziehen, denn: Selbstverständlich braucht eine 5-köpfige Familie durchschnittlich mehr Strom als eine 4-köpfige; sie zahlen aber mit Bezug auf die Wohnfläche.

Ähnlich verrückt ist es bei den Hausverwaltungskosten:

Warum steigen die so exorbitant? Während sich die Zahl der Wohnungen zuletzt etwa halbiert hat, ist die Zahl der eingesetzten Verwaltungs- und Hausmeisterstunden wohl fast gleich geblieben. Begründung der Verwaltung: Nach Auszügen müssten die Wohnungen zum Teil komplett renoviert werden. (Im normalen Mietrechts ist die Renovierung Aufgabe des Vermieters.)

Die Stadtverwaltung will in dem ganzen keine Probleme sehen, weil die betroffenen die Kosten doch über die „Kosten der Unterkunft“ vom Jobcenter erstattet bekommen würden. Da sei eine Übereinkunft getroffen, dass hierbei die sonst strengen Mietvorgaben überschritten werden dürften. Das alte linke Tasche, rechte Tasche Prinzip also.

Das aber hilft den Geflüchteten wenig, die eine Arbeit gefunden haben und dann die derart hohen Gebühren von ihrem Lohn aufbringen müssen. Es soll sich immerhin um zehn Haushalte handeln.

Es ist klar: Bei einer Klage würde dieses Gebühren-Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Zahlen zu Asyl und Abschiebungen

Auf eine Anfrage der AfD hin beantwortete die Stadtverwaltung einige Fragen zur Asylstatistik in Celle. Zum 31.12.2020 waren 2378 Asylantragsteller*innen, Personen mit zugesprochenem Schutzstatus und deren Familienangehörige gemeldet. Ein Blick auf die Herkunftsländer zeigt, dass 92 % aus nur drei Ländern kommen - die größte Gruppe aus dem Irak (1179), die zweitgrößte aus Syrien (826) und die drittgrößte - schon mit Abstand - aus Afghanistan (180).

Unter anderem wegen der Anrechnung der Außenstellen der Landesaufnahmebehörde Braunschweig an der Hohen Wende hat die Stadt seit 2018 keine neuen Flüchtlinge zugewiesen bekommen. Ein Zuwachs ergibt sich nur aus Familienzusammenführungen und in Celle geborener Kinder von Asylsuchenden. Dies waren 137 (2018), 118 (2019) und 51 (2020). Aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sind seit 2017 keine Geflüchteten in Celle aufgenommen worden.

Deshalb (!) hat die AfD Mitte März beantragt: „Die Stadt Celle nimmt ab sofort und bis auf Weiteres keine Asylsuchenden und Flüchtlinge auf.“ Ihre Wähler*innen werden das für eine tolle Initiative halten.

Zur Zahl der Abschiebungen bzw. "freiwilligen" Ausreisen lieferte die Verwaltung folgende Tabelle:

Jahr	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013
Abschiebung	0	8	2	24	19	5	11	15
Ausreise	3	32	3	14	83	43	11	1

Photovoltaik statt BHKW

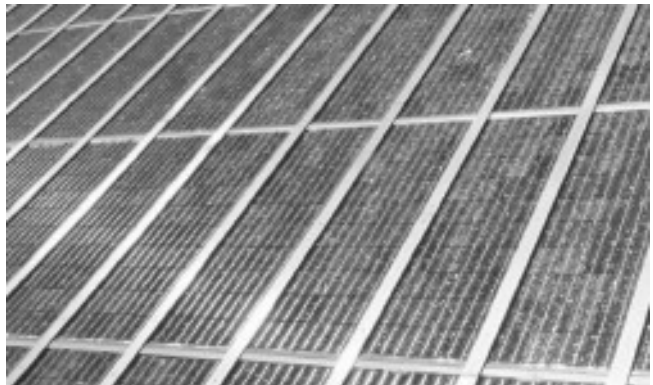
„Um die Klimaziele zu erreichen“, stellt die CDU Fraktion im Kreistag am 10.03.2020 den Antrag, „Kreismittel in konkrete Maßnahmen, nicht aber in Pläne zu investieren“. Vorschlag: Ausweitung der Erzeugung von Strom und Wärme durch Wind und insbesondere Sonnenenergie auf landkreiseigenen Gebäuden und denen der Verbundunternehmen, aber z.B. auch auf „verfüllten Mülldeponien“. Auch fordert die CDU Auskunft über den Stand bisheriger Installationen von Photovoltaikanlagen. Soweit mit den Mülldeponien nicht die über 30 nach wie vor unüberprüften Erdöl-Bohrschlammgruben im Landkreis gemeint sind, ist dies ein Antrag, der sicher den Beifall aller vernünftigen Bürger*innen findet.

Bislang wurden vom LK Celle vor allem CO2-emittierende BHKWs zugebaut

Die Antwort in der Vorlage der Verwaltung im Ausschuss Gebäudewirtschaft und im Kreisausschuss im Nov. und Dez. 2020 ist ziemlich ernüchternd: Bislang wurden vom Landkreis Celle ganze fünf Photovoltaik-Anlage gebaut (siehe Kasten unten). Mit der Ausrede, mehr sei unwirtschaftlich gewesen. Was ja bedeutet, dass die „Spezialisten“ in der LK-Verwaltung hunderte von Bürger*innen, die sich im selben Zeitraum PV-Anlagen aufs Dach gesetzt haben, für verrückt erklären. Stattdessen hat der Landkreis seit 2014 als „wirtschaftlichere“ Lösung lieber 13 Blockheizkraftwerke (BHKW, Kombination von Stromerzeugung und Wärme) gebaut. Mit diesen Erdgas betriebenen BHKW machte der LK nicht nur dem mit ihm finanziell verhandelten Erdgas-Lieferanten SVO eine Freude, sondern konnte dafür auch noch staatliche Förderungen abgreifen.

Was die Wirtschaftlichkeit betrifft, ist die Aussage der Verwaltung wohl richtig, was den Beitrag zum Klimaschutz betrifft allerdings fragwürdig. Verglichen mit einer herkömmlichen Erdgasheizung verbraucht nämlich das BHKW für den Heizungszweck genau soviel Erdgas und emittiert auch genauso viel CO₂. Der Beitrag zur CO₂-Minderung ist also diesbezüglich Null. Da aber die Heizungswärme beim BHKW als Abfallprodukt der Stromerzeugung anfällt, emittieren sie bezogen auf die

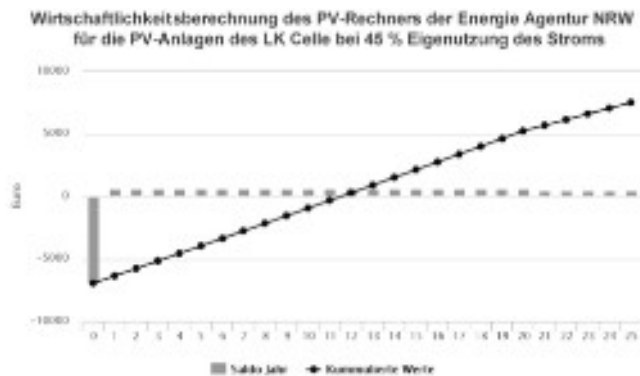
Stromerzeugung weniger CO₂ als z.B. Kohlekraftwerke, deshalb war ihre Förderung und Installation bis ca. 2015 auch durchaus sinnvoll. Doch nach 2015 zugebaute BHKWs werden 15 bis 20 Jahre CO₂ emittieren, also zu einem Zeitpunkt, wo es längst nicht mehr um CO₂-Minderung sondern um CO₂-Vermeidung geht. (Dass die Förderung von BHKWs weiter besteht, ist Ergebnis der Erdgas-Lobby, die das auch stolz selbst verkündet). Deshalb hätte der LK statt BHKWs besser Wärmepumpen installiert, die bei Betrieb zunehmend mit Strom aus Wind und Photovoltaik letztlich gar kein CO₂ mehr emittieren. Übrigens gab und gibt es auch für Wärmepumpen staatliche Subventionen (aktuell bis zu 50%). Aber wahrscheinlich tat sich die Verwaltung bei Beantragung von Zuschüssen für BHKWs leichter, zumal sie bislang keine*n kompetenten Klimaschutzbeauftragte*n besitzt. Und so fallen die Entscheidungen im LK bislang eben nicht nach Klimakriterien sondern nach vordergründigen Wirtschaftlichkeitskriterien. Andererseits braucht man auch für Wärmepumpen Strom und damit sind wir wieder beim bislang vernachlässigten Zubau von Photovoltaik.



Für PV-Anlagen kommt jetzt von der Verwaltung ein stark gebremstes Ja

Die Verwaltung meint: „Neuere Erkenntnisse nach 2014 zeigen, dass aufgrund des Preisverfalls von Solarmodulen bei einer Eigennutzung des produzierten Stroms inzwischen wieder wirtschaftliche Vorteile der Solarthermie bestehen. Aus diesem Grund sind im Haushalt 2021 auch 250.000 € für die Errichtung von Photovoltaikanlagen vorgesehen.“ Bis auf die Aussage „neuere Erkenntnisse“ stimmt die Aussage. Dass 250.000 Euro eingestellt wurden, klingt gut, ist aber gemessen an den ca. 15 Anlagen á 10 kW, die damit möglich sind, eher bescheiden. Und was die Kreistagsmit-

Standort	Größe [ca. m ² -gesamt]	Eigenanlagen [ca. m ²]	Fremdanlagen [ca. m ²]	Einspeisung [kWh/a]
BBS III Altenhagen	1.760	980	780	86.110 v. 97.328
BBS II Lönsweg	220	13	207	611 v. 611
ObS Winsen Geb. D	12	12	0	0
Gymn. Lachendorf	2.170	0	2.170	0
Chr. Gymn. Hrmnsbg.	225	0	225	0
Gesamt	4.397	1.015	3.382	86.721 v. 97.939



glieder eher abschrecken könnte, sind die von der Verwaltung vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Je nach Anteil der Einspeisung ins Stromnetz und Eigenverbrauch des Solarstroms, liegen die von der Verwaltung errechneten Amortisationszeiten zwischen 59 Jahren (20 % Eigennutzung) und 14 Jahren (60 % Eigennutzung). Errechnet wurde das von zwei extern beauftragten Agenturen, eine in Stadt und LK Celle gerne geübte Praxis, um den Aufbau eigener interner Kompetenz in der Verwaltung zu sparen. Es gibt zwar Dutzende von Firmenverbänden betriebene Solarrechner, die einem z.T. märchenhaft günstige Wirtschaftlichkeitsberechnungen machen, und bei konkretem Angebot einer Firma kostet dann Alles das Doppelte. Insofern war die LK Verwaltung tatsächlich auf externe Hilfe angewiesen. Aber diese Beratung geht auch kostenlos: Der PV-Rechner der Energie Agentur NRW – ein Tipp für jede*n Eigenheim-Besitzer*in – (<https://www.energieagentur.nrw/tool/pv-rechner/>) liefert Berechnungen aufgrund stets aktueller, firmenneutraler Durchschnittswerte. Wenn man da mal die vom LK Celle vorgegebenen Werte durchlässt, kommt man zu erheblich günstigeren Ergebnissen: Bei einer Eigenstromnutzung von nur 45% amortisiert PV im LK Celle bereits nach ca. 11 Jahren. Das drängt fast den Verdacht auf, dass die Verwaltung mit ihren relativ ungünstigen Berechnungen die PV-Euphorie des Kreistags etwas dämpfen wollte.

Verdoppelung des Etats und klare Zielvorgaben!

Also liebe Kreistagsmitglieder, stockt ruhig mal den Etat für Photovoltaik auf, und gebt der Verwaltung endlich mal klare Zielvorgaben, wie viele PV-Anlagen in den nächsten 3 Jahren tatsächlich zugebaut sein müssen!

CWC

Fahrradklimatest - Celle stagniert

Die Ergebnisse des Fahrrad-Klimatests des ADFC für 2020 sind da. Mit der Note 3,81 hat sich Celle gegenüber 2018 nur minimal verbessert und liegt auf Platz 33 von 110 beteiligten Städten mit Einwohner*innen-Zahlen zwischen 50.000 und 100.000. Vor zwei Jahren lag die Note bei 3,86 und Celle auf Platz 31 von 106 Städten. Die sogenannte "Fahrrad-Offensive" von OB Nigge fruchtet also bisher nicht. Dass die Bewertung Verbesse-

rungen durchaus honoriert, zeigt sich bei der gegenüber 2018 besseren Durchschnittsnote zur Frage "Abstellanlagen".

Die positivste Bewertung bekam wieder die „Erreichbarkeit des Stadtzentrums (2,2), positiv sind noch „zügiges Radfahren“ (2,6), „Radfahren durch Jung und Alt“ (2,8) und „geöffnete Einbahnstraßen in Gegenrichtung“ (2,9). Am schlechtesten schnitt ab „Fahrradmitnahme im ÖPNV“ (4,8) sowie jeweils mit 4,7: „Breite der Wege“, "Falschparkerkontrolle auf Radwegen“, „Öffentliche Fahrräder“.

Mehr Infos gibt es hier: <https://fahrradklima-test.adfc.de/ergebnisse>

Klimaplattform will Preis vergeben

14 Initiativen und Vereine haben sich zuletzt zur Klimaplattform Celle zusammengeschlossen. Gemeinsam initiieren sie gerade einen Klimaschutzpreis.

Der Preis soll „Leuchtturm-Projekte“ für mehr Klimaschutz sichtbar machen und zur Nachahmung anregen. Engagierte Menschen, Bildungseinrichtungen, Vereine und Firmen oder Geschäfte sollen für ihren Klimaschutz-Einsatz belohnt und gewürdigt werden. Die prämierten Ideen und Projekte werden mithilfe eines Videos dokumentiert. Teilnehmer*innen und Klimaschutzakteure vernetzen sich und tauschen sich aus.

Teilnahmestart für den Klimaschutzpreis ist der 12. April 2021. Bis dahin will die Klimaplattform Gelder für die Finanzierung des Preises sammeln, hierfür wird die Crowdfunding-Plattform der Stadtwerke Celle genutzt.

Mehr unter <http://celler-klimaplattform.de>



Baulücken

Der von OB Nigge erwartete Run auf das Baugebiet "Im Tale" in Groß Hehlen ist ausgeblieben. Mit einem Punkte-system sollten vor allem Bewerber*innen mit Ehrenamtstätigkeiten zum Zuge kommen. Davon verabschiedet man sich jetzt im Rathaus - der verbliebene Rest der Bauplätze wird jetzt auch für Leute ausgeschrieben, die keine Uniform tragen - und sollten es zu viele sein, wird gelost. Auch der ursprüngliche Plan, einen Teil des Gebietes über einen Investor bebauen zu lassen, ist nicht aufgegangen. Kein Interesse. So macht die Stadt jetzt auch für diese Grundstücke den Direktvermarkter. Insgesamt müssen so jetzt noch 102 Grundstücke verkauft werden. - Besteht für Nigges große "Bauoffensive" vielleicht doch nicht die prognostizierte Nachfrage?

Mieten

Ein Fünf-Jahresvergleich der Angebotsmieten in deutschen Mittelstädten zeigt: In 97 von 110 untersuchten Städten sei der sogenannte Medianpreis (vereinfacht gesagt: die mittleren) der Mieten seit 2015 um mehr als 10 Prozent gestiegen, in Celle sogar um 19 Prozent.

Wie eine aktuelle Untersuchung von "immowelt" für Wohnungen mit 40 bis 120 Quadratmetern zeigt, ist günstiger Wohnraum in Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern aber keine Selbstverständlichkeit mehr. In 97 von 110 deutschen Mittelstädten seien die Angebotsmieten in den vergangenen fünf Jahren im zweistelligen Prozentbereich gewachsen, in 31 davon gar mehr als 25 Prozent.

Datenbasis für die Berechnung der Mietpreise in den 108 deutschen Mittelstädten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern waren 142.700 Mietwohnungen und -häuser, die jeweils 2012 und 2017 (im ersten bis dritten Quartal) auf immowelt.de inseriert wurden. Die Mietpreise spiegeln den Median der Nettokaltmieten bei Neuvermietung wider.

Mietwerttabelle

Seit dem 1.1.2021 gilt für Empfänger*innen von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) eine neue Mietwerttabelle. Darin wird bestimmt, wieviel eine Wohnung für unterschiedliche Haushaltsgrößen kosten darf. Gegenüber 2018 ist der Grenzwert um 2,98 % angehoben; weil: Einfach weil dies die Indexentwicklung der Nettokaltmiete in Niedersachsen darstellt. Im Gutachten von Koopmann Analytics heißt es weiter: „Diese Mietpreissteigerung ist dabei unabhängig von der Wohnungsgröße. Somit wird die durchaus unterschiedliche Marktentwicklung bei Wohnungen in unterschiedlichen Wohnungsgrößen nicht berücksichtigt.“ Vor allem werden die unterschiedlichen „Märkte“ nicht berücksichtigt.

Sozialer Wohnungsbau

Die Ratsfraktion von B'90/Die Grünen hat eine "verbindliche 30%-Mindestquote für sozialen bzw. geförderten Wohnungsbau" im geplanten Wohngebiet an der Hohen Wende gefordert.

Impfdrängelei?

Am 10. Februar 2021 berichtete die CZ bezugnehmend auf den Landkreissprecher Tore Harmening, dass für ausgefallene Termine im Impfzentrum eine sogenannte B-Liste aufgestellt worden sei. Auf dieser Liste stünden neben Personen der ersten Impfkategorie auch Mitarbeiter*innen der Polizei sowie des Landkreises, darunter Landrat Wiswe, der Erste Kreisrat Cordioli und Kreisrat Flader.

Im Interview mit der CZ vom 27. Februar 2021 wird Wiswe wie folgt zitiert: „Es gibt eine vom Bund festgelegte Reihenfolge, die wir zwingend beachten müssen.“ Die Kreistagsabgeordnete Behiye Uca (Die Linke) bat daraufhin die Kreisverwaltung um die Beantwortung einiger Fragen. Landrat Wiswe antwortete so:

„Wir haben ab Beginn des Impfverfahrens festgestellt, dass sowohl bei den mobilen Teams in den Pflegeeinrichtungen, als auch im Impfzentrum immer mal wieder die Situation vorkommt, dass bereits geöffnete Fläschchen von Impfdosen nicht verwendet werden können. Da wir diese geöffneten und vorbereiteten Fläschchen nicht mehr transportieren können und kurzfristig verarbeiten müssen, bestand die Notwendigkeit - um den Impfstoff nicht verwerfen zu müssen - sehr schnell impfbereite Personen in die jeweiligen Einrichtungen kommen zu lassen. [...] Deshalb ist die sogenannte „B-Liste“ entstanden, auf der unter anderem neben Personal der Palliativversorgung und der mobilen Pflegedienste (jeweils soweit angefragt), auch der Polizeivollzugsdienst und die bei der Corona-Bekämpfung eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung enthalten sind. Dabei handelt es sich um Personen, die der Stufe 1 (Höchste Priorität) oder der Stufe 2 (hohe Priorität) zuzurechnen sind, ohne größeren Aufwand benachrichtigt werden können und mobil sind. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung befinden sich deswegen auf der Liste, weil sie in ihrer konkreten Tätigkeit für die dem öffentlichen Gesundheitsdienst obliegende Aufgabe der Pandemiebekämpfung eingesetzt werden (§ 3 Abs. 1 Nr. 10 CoronaImpfV). [...]“



Bis zum 18.03.2021 wurden über die B-Liste geimpft: 58 x Polizei; 45 x ambulanten Krankenpflege, 42 x Mitarbeiter/innen des Landkreis Celle Corona (Kontaktnachverfolgung (inkl. dort eingesetzte Bundeswehrsoldaten), Corona-Kontrolleure, Heimaufsicht Stadt + LK, Leitstelle, Stab), 22 x Arztpraxen, 15 x ambulanten Paliativdienstes, 5 x Sonstige. Die B-Liste wird laufend ergänzend. Zwischen der 6. und der 10. Kalenderwoche wurden wöchentlich 28 – 42 Personen über die sogenannte B-Liste geimpft.

Was Wiswe, Cordioli und Flader auf der Liste zu suchen haben, müssen sie wohl mit sich selbst abmachen.

Leerstand kreativ und sozial nutzen

Bis vor kurzem hat in Celle eine Besetzung in der Bahnhofstraße 7, im alten Möbelhaus Goldberg, stattgefunden. Die revista hat mal nachgefragt.

?: *Erzählt doch kurz, wie es zu der Besetzung kam?*

!!: Also ich und ein paar Freund*innen hatten ganz einfach keine Wohnung und fanden das leere Möbelhaus Goldberg. Als wir uns die Räumlichkeiten anschauten, stellten wir uns einen großen Schaden durch den Leerstand fest, aber auch gleichzeitig wunderschöne Räumlichkeiten, die viel Platz für Leben bot. Wir stellten schnell fest, dass sich niemand für das Gebäude interessierte. Also fingen wir langsam an, in dem Gebäude zu übernachten, Dinge zu reparieren und uns einzurichten. Und so sind wir dann eingezogen und haben eine ganze Weile mit unterschiedlichen Menschen dort gewohnt, uns ausgelebt und wohlfühlt.



?: *Was fandet ihr besonders schön?*

!!: Der Garten hat uns allen sehr gefallen, wo wir viel Gemüse angebaut und auch geerntet haben. Und die große Terrasse ist voll aufgeblüht. Auch die riesigen Räume, die wir als Wohn- und Gemeinschaftszimmer genutzt haben, fanden wir wunderschön. Das war wie ein Ballsaal - so haben wir alle noch nie gelebt.

Es waren viele schöne Momente mit unterschiedlichen Menschen und wir haben auch diversen Menschen Platz angeboten, wenn sie kein Zuhause hatten oder mal eine Nacht einen Ort brauchten.

Eigentlich fanden wir alles sehr schön und vor allem, dass wir gemeinsam und kollektiv dort zusammen wohnen und leben konnten - gerade während der Pandemie.

?: *Wie würdest du diese heimliche Hausbewohnung sozialpolitisch einordnen?*

!!: Das Haus stand jahrelang leer, niemand hat sich dafür interessiert. Es gibt viel zu wenig sozialen Wohnraum, gerade für junge Leute, und da wir nichts von Regierungen erwarten, füllen wir diese Leerstelle halt selbst.

Und wir haben uns um das Gebäude gekümmert, vieles repariert, wie zum Beispiel einen großen Wasserschaden im Keller - ohne uns wären tausende Liter einfach dort versickert. Und auch Dachschäden haben wir beseitigt

oder zumindest den Schaden vermindert.

Leute, die so viel Geld haben, dass sie so ein Haus verkommen lassen und einen Tesla fahren - die brauchen keine Mieteinnahmen. Die sollten uns dankbar sein.

In Holland gab es bis vor ein paar Jahren ein Gesetz, dass jedes Haus, was länger als ein Jahr leersteht besetzt werden darf. Solch eine Regel wäre sinnvoll, anstatt ständig Gebäude leerstehen und verkommen zu lassen.

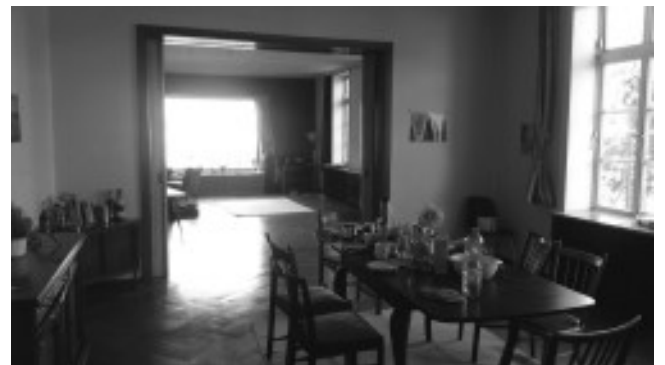
Und es gibt noch viel mehr Gründe: eine alte Parole ist „Besser unsere Jugend besetzt leere Häuser als andere Länder“, der wir uns voll anschließen können. Und wir sehen auch einen ökologischen Aspekt, dass durch hässliche Neubauten überall der Boden versiegelt wird, anstatt die Gebäude zu nutzen, die es gibt.

?: *Wie kam es jetzt zum Ende der Besetzung?*

!! Wir wurden illegal auf die Straße gesetzt. Im Winter waren plötzlich die Türen aufgebrochen und Menschen waren in unserer Wohnung. Es gibt auch ein Wohnrecht, selbst wenn Menschen keinen Mietvertrag haben - da gibt es einige Gerichtsurteile zu. Wir haben uns aber dagegen entschieden, uns in einen Rechtsstreit oder ähnliches zu geben. Denn uns ist klar, dass die Justiz Eigentumsrechte höher bewertet als soziale Rechte. Wir haben uns der Konfrontation entzogen, wollen aber zumindest der Öffentlichkeit mitteilen, dass es so etwas in Celle gab und bestimmt auch wieder geben wird.

?: *Was nehmt ihr von dieser Erfahrung mit?*

!!: Für einige von uns war es das erste Mal, ein Haus zu besetzen, und wir haben gelernt: Es geht und es ist toll! Wir haben uns auch verantwortlich gefühlt und uns gekümmert, weil es unser Zuhause war. Das ist ein ganz anderes Gefühl, als in einer Mietwohnung zu leben. Aber wir wollen dieses Gefühl auch nicht, indem wir hunderttausende von Euros in ein Haus stecken, was wir uns eh nie leisten können.



Zusatz-Info: Die Leerstands-Verordnung von Amsterdam sieht drei Schritte vor: 1. Eigentümer müssen spätestens nach drei Monaten den Leerstand ihrer Immobilie mitteilen, 2. die Verwaltung bietet Beratung, wie dieser Leerstand behoben werden kann, und 3. falls alle Gespräche scheitern, hat die Gemeinde die Möglichkeit, den Leerstand per Wohnungszuweisung nutzbar zu machen.

Aus der Bahn geworfen: Was wird aus Alpha-E?

Hinter den Kulissen und auch davor rumort es seit einiger Zeit um die Frage: Gilt noch der Kompromiss zur Verbesserung des Güterverkehrs durch die Alpha-E-Variante? Politisch sei, so CDU-MdB Otte, nach wie vor das Alpha-E der Maßstab, so wie es im Abschlussdokument des Dialogforums Schiene-Nord 2015 beschlossen wurde. Auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Lühmann versuchte zu beruhigen: „Das Projekt Alpha E ist zu den Bedingungen der Region, sogar unter Einbeziehung der zwischenzeitlich hinzugekommenen Notwendigkeit einer Berücksichtigung des Deutschlandtaktes umsetzbar.“

Jetzt rührt sich aber das Celler Aktionsbündnis gegen Trassenneubau und schreibt an die Unterstützer*innen:

Eigentlich sind die Pläne, unsere Heimat durch überflüssige Neubauten von Eisenbahnstrecken zu zerschneiden, seit 2015 begraben. Schließlich kam es beim Dialogforum Schiene Nord in der Celler Congress Union zu einer Einigung zwischen Bahn, Bürgerinitiativen und Politik. Dieser, als „Alpha E“ bekannte Beschluss, sieht eine vernünftige Ausbauvariante bestehender Strecken vor, sodass keine neuen Belastungen für Mensch und Natur entstehen müssen. Leider steht dieses Ergebnis plötzlich vor dem Aus und es geistert die Planung einer Neubaustrecke durch die Büros und über die Schreibtische einiger Leute.

Es könnten nun im Gegensatz zu damals Gleise für den Personenfernverkehr statt für den Güterverkehr gebaut werden. Allerdings werden diese genauso durch die Lüneburger Heide verlaufen wie die Y-Trasse, die durch den Alpha-E-Konsens als verworfen galt. Fazit: Niemand der anliegenden Nutzer oder Bewohner der betroffenen Gebiete hätte Vorteile daraus.

Es sind keine zusätzlichen Bahnhöfe oder ähnliches vorgesehen. Das Stichwort heißt "Deutschlandtakt". Darunter ist ein Konzept der Bahn zu verstehen, nach welchem die Metropolen wie Hamburg, Berlin und München durch alle halbe Stunde abfahrende ICE-Züge mit kurzmöglichster Fahrzeit miteinander verbunden werden sollen. Klar, dass da ein Halt in Städten wie Lüneburg, Uelzen oder Celle nur stören würde - die Menschen in der Heide und ihre Lebensbedingungen sind aber den Planenden wohl nicht so wichtig. Auch scheinen die Ergebnisse des Dialogforums, vormals als großer Erfolg der Zusammenarbeit von Bahn, Bevölkerung und Politik gefeiert, Schnee von gestern zu sein.

Für die erste „Alpha-E-Variante“ wurden seitens der Bahn in der letzten "gläsernen" Werkstatt - ein im Bedarfsfall einberufenen öffentlicher Austausch zwischen DB, Bürgerinitiativen, Kommunen etc. - Gutachten vorgestellt, die besagen, dass diese viel zu teuer wäre und nichts brächte außer einem schlechten Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV). Interessant: Derselbe Gutachter, der 2015 beim Dialogforum in Celle von einem NKV von gut 1.0 gesprochen hatte - was allgemein als gut akzeptiert wurde, sprach bei dem jüngsten Termin nur noch von 0,46, was als unwirtschaftlich angesehen wird und die Einigung von 2015 hinfällig machen soll. Wie er plötzlich zu diesem „neuen“ NKV kommt, bleibt im Dunkeln. Offiziell heißt es jetzt von der Bahn, ohne Auftrag aus dem Verkehrsministerium werde sie Alpha E nicht weiter planen.



Wirtschaftsprüfer im AKH Aufsichtsrat

Aufgrund der Krise des AKH war schon im Herbst 2019 beschlossen worden, den Aufsichtsrat zusätzlich mit einem/einer Wirtschaftsprüfer*in zu besetzen. Jetzt hat der Kreisausschuss beschlossen, diesen ehrenamtlichen Posten mit Horst Schurig aus Eschede zu besetzen. Der 74-Jährige war beruflich bei der WIBERA Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft, später bei der PricewaterhouseCoopers GmbH im Bereich Krankenhäuser beschäftigt. - Soll's nun ein neoliberaler Sparfuchs richten?

Korrektur

Im letzten Heft schrieben wir in der Berichterstattung zum AKH, dass „weder die CZ noch die Internet-Portale CelleHeute und Celler Presse bisher veröffentlicht“ hätten. Eine Veröffentlichung bei CelleHeute überschneidet sich mit unserem Redaktionsschluss.



----- 27.01.2021 -----

Hakenkreuze

In Sülze wurden mehrere Hakenkreuze auf einem Verteilerkasten, einen abgestellten Eisenbahnwaggon sowie auf einer Schuppenwand gesprüht. Der Staatsschutz ermittelt wegen verfassungswidriger Zeichen.

----- 30.01.2021 -----

Aufnahme statt Abschottung

Rund 50 Menschen kamen zu einer Kundgebung vor dem Celler Schloss zusammen. Die Initiative „Seebrücke“ hatte zu einem europaweiten Aktionstag aufgerufen und so gab es in vielen Städten gleichzeitig Aktionen. In Reden und auf Transparenten wurde ein Ende der europäischen Abschottungspolitik und die Aufnahme von Geflüchteten gefordert.

Erst vor einem Monat war in Lipa (Bosnien) ein weiteres Camp abgebrannt. 1000 Menschen verloren ihr Dach über dem Kopf und sind somit Schnee und Kälte ausgesetzt. Schon vor dem Brand war die Lage für die Flüchtenden katastrophal – Tausende Menschen mussten in Ruinen und Wäldern überleben.

Auf der Kundgebung gab es Reden von Einzelpersonen, sowie „Rheinme-

tall entwaffnen“, „LIST – Land in Sicht Transition“ und Attac.

„Vucjak, Moria, Lipa – die Namen der Camps wechseln, doch was sie zeigen, bleibt gleich: Die EU setzt auf Abschottung um jeden Preis anstatt humanitäre Lösungen zu entwickeln. Deutschland und andere EU-Staaten können und müssen die Menschen aufnehmen. Bei über 200 aufnahmebereiten Bundesländern, ist es eine Schande, wie das grausame Nicht-Handeln unter Merkel und Seehofer bleibt. Deshalb wollen wir, dass Celle ein sicherer Hafen wird“, ist die abschließende Forderung der Aktivist*innen.

----- 04.02.2021 -----

Fck AfD

Am Baukran an der Ostumgehung (Braunschweiger Heerstraße) wurde in einer Höhe von fast 30 Metern ein Transparent angebracht mit der knappen Botschaft: Fck AfD. Auf Anfrage der CZ teilte die Polizei mit, sie ermittelte nicht wegen dieser ungewöhnlichen Art der Meinungsäußerung.

----- 19.02.2021 -----

Hanau

Zum ersten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau wurde in den Trifftanlagen der Opfer gedacht. Neun Menschen waren von einem Rechtsextremisten ermordet worden. Mit Fotos der Ermordeten und einem Transparent wurde für eine Woche ein Gedenkort geschaffen. Die Initiator*innen erklärten u.a.: „Es ist wichtig die Erinnerung an die Opfer solcher Taten aufrecht zu erhalten. Die gesellschaftlichen Hintergründe müssen geklärt, Rassismus als Problem erkannt



und bekämpft werden.“

----- 08.03.2021 -----

Internationaler Frauenkampftag

Anlässlich des Internationalen Frauenkampftags am 8. März veranstaltete die feministische Organisation „Gemeinsam Kämpfen“, das Autonome Frauenhaus Celle e. V. und der kurdische Frauenverein „Hêvî e. V. – Hilfe für Frauen in Not“ eine Lärmdemonstration mit anschließender Kundgebung, an der rund 110 Menschen teilnahmen.

„Wir als Frauenhausmitarbeiterinnen haben die Vision, dass Frauenhäuser überflüssig sind. [...] In der Coronapandemie hat sich jedoch mal wieder sehr deutlich gezeigt, dass wir davon noch sehr weit entfernt sind“, machten Rednerinnen vom Autonomen Frauenhaus Celle e.V. auf Gewalt gegen Frauen, auf Sexismus und Be-





nachteiligung aufmerksam.

Çiçek Yildiz vom Dachverband des Ezidischen Frauenrates e.V. (SMJE) erklärte: „Wir rufen alle Frauen auf, sich gegen Faschismus, Sexismus, Nationalismus und alle Formen von Gewalt und Rückständigkeit zu stellen.“

Die Kundgebung am Robert-Meyer Platz wurde mit einem feministischen Poetry Slam und Musik ausgestaltet. Reden hielten auch „Gemeinsam Kämpfen“ und „attac“ Celle.



Yoga statt politischer Appelle

Die Gleichstellungsbeauftragten von Stadt und Landkreis, Afshan Ahmed und Bianka Lawin, hatten sich gemeinsam mit der Geschäftsführerin des Mehrgenerationenhauses Celle, Kordula Sommer, und der 1. Vorsitzenden des Vereins Frauenräume in Celle e.V., Hannelore Fudeus, etwas ganz ganz besonders zum Frauentag ausgedacht. Frauen würden sich angesichts der Pandemie danach sehnen, „die schlechten Nachrichten der vergangenen Monate wenigstens für ein paar Minuten hinter sich zu lassen“ - „Darum gebe es in diesem besonderen Jahr zum Weltfrauentag keine politischen Appelle, sondern ein wenig Entspannung in Form eines Yoga-Workouts für Zuhause. Dafür wird

am 08. März auf der Facebook-Seite der Stadt Celle ein entsprechendes 45-minütiges Video zum Abruf bereitstehen, um sich an diesem Tag einmal bewusst Zeit für sich zu nehmen.“

----- 19.03.2021 -----

Hände weg von Şengal

Rund 100 teilnehmende hatte eine Demonstration und Kundgebung unter dem Motto: „Hände weg von Şengal“. Anlass ist der Druck der irakischen Regierung auf die Ezid*innen in Şengal, ihre nach dem IS-Genozid von 2014 aufgebauten Strukturen der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung aufzugeben. Anfang Oktober war auf Druck der USA und Türkei unter UN-Aufsicht das sogenannte „Şengal-Abkommen“ entstanden, das vorsieht, den Irak und die türkeinahe „Autonome Region Kurdistan“ im Irak mit allen administrativen, politischen und sicherheitsrelevanten Aufgaben zu betrauen. Die Ezid*innen im Şengal hatten bei dem Abkommen kein Mitspracherecht.



----- 21.03.2021 -----

Eschede / Mahnwache Tag gegen Rassismus

Das Escheder Bündnis gegen Rechts hat eine Mahnwache in Eschede an der Kreuzung Zum Finkenberg / Am Dornbusch, der Zufahrt zum NPD-

Hof, anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus durchgeführt. Bei der ca. halbstündigen Veranstaltung wurde sowohl über die Entstehung dieses Tages hingewiesen als auch die Vorgänge auf dem NPD-Hof thematisiert. Z.B. wurde erwähnt, dass von der NPD dieses Jahr in Eschede eine Kampfsportveranstaltung geplant sei.

Zur Bürgermeister*in-Wahl im September dieses Jahres in Eschede will auch der NPDler Manfred Dammann antreten. Dazu braucht er 48 Unterschriften von Unterstützer*innen aus Eschede. Dammann ist Mitbetreiber von Nordland-TV einem NPD-nahen Internet TV-Kanal. Dort erhielt Horst Mahler 2017 die Möglichkeit, gegen Jüd*innen zu wettern, und Mahler kündigte auf Nordland-TV seine Flucht vor der Justiz an; er hätte den Rest einer 10-jährigen Haftstrafe wegen Volksverhetzung zu verbüßen gehabt. Wir sind gespannt, wie viele Unterstützer*innen Unterschriften Dammann in Eschede zusammen bekommt.



Über den Wolken ... vermehrt sich Kapital



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Wer hätte das gedacht. Jetzt hat Deutschland sein Klimaziel 2020 doch noch geschafft!

Die Dicke: Der Pandemie sei Dank. Ohne Einschränkungen bei der Mobilität wäre das ja wohl daneben gegangen.

Der lange Lulatsch: Was uns ja nicht überraschen kann. Eine rasche Absenkung der Treibhausgas-Emissionen gab's vorher ja auch nur nach der Weltfinanzkrise 2009.

Klein Jonas: Das Ei des Kolumbus?

Der lange Lulatsch: Nicht nur in bildlicher Weise – es geht ja parallel viel kaputt. Die Zahl der Menschen, die gerade auf dem Weg ins Verhungern sind hat sich auf rund 270 Millionen verdoppelt.

Klein Jonas: Wieso das?

Der lange Lulatsch: Rund zwei Milliarden Menschen weltweit arbeiten in der informellen Wirtschaft, also ohne Arbeitsverträge und jede soziale Absicherung. Sie leben von der Hand in den Mund. Wenn ihnen ein Tageslohn fehlt, dann fehlt ihnen an dem Tag auch das Geld für Essen und ihre Kinder leiden. Und die Lockdowns, die es ja auch auf der südlichen Halbkugel gibt, haben ihnen schlicht und einfach die Tagelöhnerjobs genommen. Dazu kommt, dass auch die Überweisungen von Geflüchteten und Arbeitsmigrant*innen in ihre Herkunftsländer ausbleiben. Denn die arbeiten bei uns ja auch oft in prekären Jobs in der Gastronomie zum Beispiel.

Die Dicke: Also doch besser sehend in die ökologische Katastrophe?

Der lange Lulatsch: Im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems ist die ökologische Krise nicht lösbar.

Der Besserwisser: Gut gebrüllt, Löwe.

Klein Jonas: Aber vielleicht fliegen künftig ja doch viel weniger Leute, jetzt wo sie sich an Videokonferenzen gewöhnt haben.

Der lange Lulatsch: Okay. Weltflugverkehr. Wir haben ja den Eindruck vermittelt bekommen, dass alles am Boden bleibt ...

Die Dicke: ... und es jetzt endlich wieder los geht mit Mallorca.

Der lange Lulatsch: In Wirklichkeit lag das Niveau des Weltflugverkehrs im Februar 2021 auf derselben Höhe wie 2020. In welchem desolaten Zustand hat sich die Welt damals befunden, so ganz unverbunden. Dabei lag das Niveau von 2020 dann sogar noch doppelt über dem von 1985. Der transkontinentale Flugverkehr hat sich in den vergangenen 20 Jahren vervierfacht, der Frachtverkehr hat sich in dieser Zeit verdoppelt.

Oma Lilo: Dabei sind 97 % der Weltbevölkerung in ihrem Leben bisher nie geflogen. Aber der verbleibende kleine Rest schafft es innerhalb von 365 Tagen eine Milliarde Tonnen Kohlenstoffdioxid in die Erdatmosphäre zu entlassen.

Die Dicke: Apropos „entlassen“. Den Beschäftigten in der Luftfahrtindustrie geht's ja jetzt aber richtig scheiße.

Der lange Lulatsch: Ja. 60 bis 70 Prozent der Branchenbeschäftigten sind in Kurzarbeit. Von den bundesweit rund 255.000 Arbeitsplätzen bei Fluggesellschaften, Flugsicherung und an Flughäfen drohen in den nächsten Jahren 60.000 wegzufallen, schätzt der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft.

Oma Lilo: Aber so konnte es ja auch nicht weitergehen.

Der Besserwisser: Doch genauso wird es weitergehen. Weltweit sind 400 neue Flughäfen im Bau oder in Planung, 40 davon in Europa – und bisher war nicht zu lesen, das auch nur eins dieser Projekte storniert wird.

Der lange Lulatsch: Ja, warum auch? Die Lufthansa-Rettung mit neun Milliarden Euro ist ja nur die jetzt sichtbare Spitze eines Eisbergs.. Weltweit werden Airlines und Airports mit mehr als 200 Milliarden US-Dollar subventioniert – das zusätzlich zu den alltäglichen Subventionierungen, wie z.B. der Kerosin-Steuerfreiheit, was nochmal mit 200 Milliarden veranschlagt wird.

Oma Lilo: Das heißt, es lässt sich Geld verdienen. Woher weißt du das eigentlich alles?

Der lange Lulatsch: Ich habe gerade die neue Ausgabe der Zeitschrift *Lunapark 21* gelesen. Gutes Blatt, gibt's auch im Bahnhofskiosk.

Der Besserwisser: Und da geht die Argumentation so: Es geht nicht um „die Menschen“ und ihre Bedürfnisse, sondern um die gewaltigen Mengen angelegten Kapitals, das verwertet werden soll. Die rund drei Dutzend großen Airlines besitzen rund 32.000 große Flugzeuge. Weltweit gibt es mehr als 1500 Flughäfen, darunter 65 sehr große, die regelrecht Profitmaschinen sind – wobei 50 % über den Duty-Free-Sektor laufen. Dazu kommt dann auch noch der Bau der Flugzeuge.

Der lange Lulatsch: Und dann hast du eine Kreislaufwirtschaft kapitalistischer Art: Nur mehr Luftverkehr schafft mehr Gewinne, schafft neu in diesem Bereich angelegtes Kapital, der erneut den Druck auf noch mehr Gewinn und noch mehr Flugverkehr erhöht, womit das Klima mit jeder Spirale – denn klar, es ist kein Kreislauf – noch mehr belastet wird.

Die Dicke: Und deswegen fliegen Leute für 29 Euro von Berlin nach Nizza.

Der lange Lulatsch: Ja. Wie gesehen, massiv subventioniert und nebenbei auch, um die Leute anzufixen.

Klein Jonas: Ich schwöre - ich fliege nie.

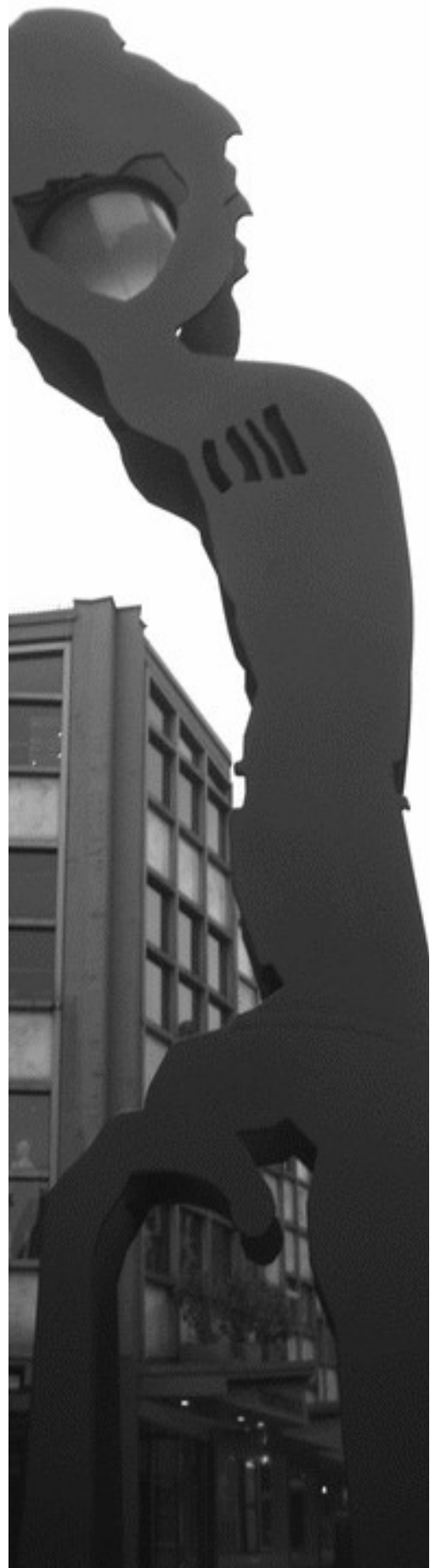
Die Dicke: Ein guter Anfang

Der Besserwisser (ironisch): Naja.

Oma Lilo: In Frankreich soll es demnächst ein Verbot von Kurzstreckenflügen geben, wenn das Ziel auch innerhalb von zweieinhalb Stunden mit dem Zug erreicht werden kann. Flüge von Paris nach Bordeaux, Lyon oder Nantes könnten damit schon von Sommer 2021 an nicht mehr erlaubt sein. Wäre doch schön auch für Germany.

Die Dicke: Oder die Bündnisgrünen in ihrem Programmentwurf: „Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen, indem wir die Bahn massiv ausbauen. Die Zahl von Langstreckenflügen gilt es zu vermindern und sie gleichzeitig zu dekarbonisieren. Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr sind abzubauen.“

Oma Lilo: Schon windelweich, oder? Da kann doch selbst der Lufthansachef sagen: „Da bin ich dabei.“ Überflüssig machen, vermindern, abbauen – kein Problem, da tut ihm nichts weh.



Rendite schaffen mit mehr Waffen

Anfang Februar gab Rheinmetall eine strategische Neuausrichtung bekannt. Der „zivile“ Sektor schrumpft und die Rüstungssparte soll brummen, im PR-Deutsch des Konzerns werden die damit verbundenen Ziele so formuliert:

„Erstens: Die Reduzierung des Automotive-Anteils am Gesamtumsatz, insbesondere hinsichtlich der Produkte für den Verbrennungsmotor.

Zweitens: Die Durchsetzung eines Profitabilitätsniveaus von mindestens 10% bezogen auf die operative Umsatzrendite in allen Geschäftseinheiten sowie

drittens: ein daran orientiertes kontinuierliches Portfoliomanagement.“

Die organisatorische Trennung der bisherigen Unternehmensbereiche Automotive und Defence entfällt.

Der Umbau soll dazu führen, dass die Rüstungssparte bis 2025 ca. 70% zum Konzernumsatz beiträgt, statt ungefähr 63% im Jahr 2020. Parallel soll die Abhängigkeit vom Verbrennungsmotor von heute fast 30% des Konzernumsatzes auf unter 20% sinken.

Die neue Struktur von Rheinmetall wird dann aus fünf sogenannten Divisionen bestehen, die vom Vorstand der Rheinmetall AG direkt geführt werden: Weapon & Ammunition, Electronic Solutions, Vehicle Systems, Sensors & Actuators und Materials & Trade.

Zweck: Der Umsatz soll von rund 5,8 MrdEUR im

Jahr 2020 auf rund 8,5 MrdEUR im Jahr 2025 steigen. Die operative Umsatzrendite soll künftig einen Wert von über 10% erreichen. - Die Grafik unten zeigt die Erwartungen in Mrd. Euro.

Und auch einen Beitrag zur Rettung der Welt will Rheinmetall leisten: Bis zum Jahr 2035 will der Konzern die CO2-Neutralität erreichen.

Währenddessen zeigt eine Greenpeace-Recherche, dass Myanmars Militär Patrouillenboote einsetzt, die auch Maschinengewehre von Rheinmetall ausgestattet sind. Die Boote vom Typ „Super Dvora MK III“ sind mit jeweils zwei Maschinengewehre des Typs MG3 ausgestattet, die der deutsche Hersteller Rheinmetall entwickelt hat. Deutsche Spitzentechnik unterstütze so das menschenverachtende Regime in Myanmar und trage somit zur Gewalt an den Rohingya bei, meint Fabian Schwalm, Greenpeace-Sprecher für Waffenexporte. Aufgrund der jahrzehntelangen Menschenrechtsverletzungen besteht seit 1991 ein EU-Rüstungsembargo für Myanmar. Für die Maschinengewehre hatte Rheinmetall aber bereits in den 1960er-Jahren Produktionslizenzen ins Ausland vergeben. In den deutschen Rüstungsexportstatistiken erscheinen sie somit erst gar nicht.

UN-Berichte belegen, dass Myanmars Marine auch Boote für ethnische Tötungen und den Völkermord an den Rohingya einsetzte.



Ein Etappensieg gegen Rheinmetall?

Nach jahrelanger Kampagnenarbeit zahlreicher Organisationen hat die italienische Regierung beschlossen, die bereits erteilten Genehmigungen von Waffenexporten nach Saudi Arabien und die Vereinigten Arabische Emirate nicht nur auszusetzen, sondern ganz zu widerrufen. Zudem werden weiterhin keine neuen Lizenzen für diese Staaten von der italienischen Regierung erteilt.

Das italienische Netzwerk Frieden und Abrüstung sieht diesen Schritt als „historischen Akt“ der italienischen Regierung an. Bereits im Jahr 1990 trat das Gesetz 185 in Kraft, welches Waffenexporte an Staaten verbietet, die sich in bewaffneten Konflikten befinden oder deren Regierungen die internationale Menschenrechtskonventionen schwerwiegend verletzen. Erst jetzt, dreißig Jahre später, so das Netzwerk, wird sich zum ersten Mal darauf berufen. Laut dem Netzwerk seien auch dank des Drucks der Zivilgesellschaft die Lieferung von Bomben, die u.a. im Krieg in Jemen eingesetzt werden sollten, verhindert. Betroffen seien mindestens sechs Genehmigungen, die zuvor im Jahr 2019 zunächst ausgesetzt wurden. Zu einer dieser Lizenzen liegen aufschlussreiche Informationen vor: MAE 45560. Diese Lizenz wurde im Jahr 2016 von der Regierung unter dem damaligen Regierungschef Matteo Renzi ausgestellt und beinhaltet 20.000 Fliegerbomben der MK-Serie von Rheinmetall Waffe Munition (RWM) Italia S.p.A. im Wert von über 411 Millionen Euro – der Widerruf verhindert laut dem Netzwerk Frieden und Abrüstung sowie der Organisation OPAL (Permanente Informationsstelle für Leichtwaffen und Sicherheits- und Verteidigungspolitik) nun die Ausfuhr von 12.700 Bomben.

RWM Italia S.p.A. klagt

RWM Italia S.p.A. ist weniger erfreut, betrifft diese Entscheidung laut des Geschäftsführers Fabio Sgarzi doch vor allem die Tochtergesellschaft des Rüstungsriesen: „Diejenigen, die jetzt die Folgen all dessen tragen müssen, sind neben dem Unternehmen die Hunderte von Arbeitern in der Region und ihre Familien.“ Das Versprechen an die Belegschaft, selbst das Unmögliche gegen diesen Widerruf der Lizenzen zu unternehmen, ist scheinheilig. Es geht RWM Italia S.p.A. offenkundig weniger um ihre Mitarbeiter*innen, sondern wohl eher um die eigenen Profite und um die Investitionen in Höhe von mindestens 40 Millionen Euro, die in den letzten Jahren in den Ausbau der Bombenfabrik und in das Testgelände auf Sardinien gesteckt wurden.

Richtiger Schritt – aber nicht genug

Doch die Entscheidung zum Widerruf reicht noch nicht aus, es ist eher ein Etappensieg, ein Schritt in die richtige Richtung. So fordert u.a. das Netzwerk Frieden und Abrüstung den Exportstopp von Rüstungsgütern auf



alle Mitglieder der saudi-geführten Militärkoalition auszuweiten – und betont, dies sei „ein Vorschlag, der in der Parlamentsresolution vom Dezember 2020 selbst vorgesehen wurde.“

Aktivist*innen der Kampagne Stop RWM mahnen zudem an, dass sich aktuell eine neue italienische Regierung formt und eventuell Neuwahlen anstehen. Mit einer neuen Regierung drohe allerdings auch ein Kurswechsel und ein Widerruf des Widerrufs.

Ausweitung stößt auf Widerstand

Zudem setzt sich die Kampagne weiterhin vor dem Verwaltungsgericht der Region Sardinien gegen die Expansion der Bombenfabrik und des Testgeländes von RWM Italia S.p.A. ein. Die Baulizenzen aus dem Jahr 2018 seien rechtswidrig vergeben worden. Ein rechtlicher Knackpunkt sei, so Stop RWM, der Verstoß gegen die zwingende Prüfung der Umweltverträglichkeit. Diese müsse jedoch für chemische Industrieanlagen, die Sprengstoffe herstellen, erfolgen – auch weil die Erweiterung des RWM Italia S.p.A. Geländes in unmittelbarer Nähe eines Naturschutzgebietes vollzogen wird. Die Kampagne gegen RWM betont, die vom italienischen Innenministerium erteilten Lizenzen seien explizit auch für die Herstellung von PBX-Sprengstoffen (Polymergebundener Sprengstoff) erteilt worden. In den kommenden Wochen soll der verwaltungsrechtliche Kampf gegen RWM Italia S.p.A. weitergeführt werden.

Jacqueline Andres, aus: IMI-Standpunkt 2021/005; der vollständige Artikel findet sich hier: <https://www.imi-online.de/2021/02/08/ein-etappensieg-gegen-rheinmetall/>

Das Lieferkettengesetz kommt!

Papiertiger oder Meilenstein?

Nach langem Streit in der Koalition über ein Lieferkettengesetz wurde Anfang März 2021 der Entwurf eines "Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten" vom Bundeskabinett endlich beschlossen und kommt nun zur Beratung in den Bundesrat und zur Abstimmung in den Bundestag.

Die drei beteiligten Bundesminister Heil, Müller und Altmaier bezeichnen die Einigung als einen „*gelungenen Kompromiss*“.

Im Handel und der Produktion werden im Zuge der weltweiten Lieferketten immer wieder grundlegende Menschenrechte verletzt: Kinderarbeit, Ausbeutung, Diskriminierung und fehlende Arbeitsrechte pp. und die Umwelt wird zerstört: illegale Abholzung, Pestizid-Ausstoß, Wasser- und Luftverschmutzung.

An dem, was in anderen Teilen der Welt erarbeitet wird, verdienen Unternehmen in Deutschland. Darum müssen sie auch Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt entlang ihrer Lieferkette tragen. Mit dem „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten“ sollen deutsche Unternehmen verpflichtet werden, ihrer globalen Verantwortung endlich nachzukommen. Wenn deutsche Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen, sollen Bußgelder und der Ausschluss von öffentlichen Aufträgen als Strafen verhängt werden können.

Der Gesetzesentwurf hat in der vorliegenden Form jedoch massive Schwachstellen und muss dringend nachgebessert werden: Auf Druck der Wirtschaftsverbände, des CDU-Wirtschaftsrats, des Bundeswirtschaftsministers und der Bundeskanzlerin wurde die Reichweite der Sorgfaltspflichten von Unternehmen so eingeschränkt, dass sich die Sorgfaltspflichten in vollem Umfang nur noch auf den eigenen Geschäftsbereich und die direkten Zulieferer (Vertragspartner) beziehen. Das Lieferkettengesetz würde damit geltende internationale Menschenrechtsstandards der Vereinten Nationen und der OECD unterlaufen, nach denen Unternehmen die Menschenrechte in der ganzen Wertschöpfungskette zu achten haben. Eine solche Einschränkung ist völlig inakzeptabel, denn die meisten Menschenrechtsverletzungen finden am Beginn der Lieferketten statt und drohen somit, durch das Gesetz nicht erfasst zu werden.

Die zivilrechtliche Haftungsregelung – zuvor wichtigster Streitpunkt bei den Verhandlungen über das Lieferkettengesetz – wurde ganz fallengelassen und die Umweltstandards werden nur marginal berücksichtigt. Weiterhin wurde die Anzahl der erfassten Unternehmen gegenüber den ursprünglichen Plänen der Bundesminister Heil und Müller auf Druck von Bundeswirtschaftsminister Altmaier radikal reduziert. Das verwässerte deutsche

Gesetz wäre in dieser Form auch international das falsche Signal.

Die Initiative Lieferkettengesetz hat angekündigt, sich in den kommenden Wochen und Monaten der parlamentarischen Befassung für deutliche Nachbesserungen einzusetzen und benötigt dafür noch Unterstützung von uns allen: www.lieferkettengesetz.de

Denn gegen Gewinne ohne Gewissen hilft nur ein starkes Lieferkettengesetz.

Weltladentag



Der Weltladentag am 8. Mai steht unter dem Motto: *Die Welt braucht einen Tapetenwechsel*. Mit dieser Kampagne soll in den nächsten zwei Jahren das „große Ganze“ in den Blick genommen werden: die sozial-ökologische Transformation. Dabei möchten die Weltläden mit Menschen darüber ins Gespräch kommen, welcher grundlegenden Wandel es braucht, damit wir uns zu einer zukunftsfähigen (Welt-)Gesellschaft entwickeln können.

Die aktuellen Krisen führen vor Augen, dass unsere Zukunft von einem grundlegenden Wandel im Wirtschaftssystem abhängt und ein „Weiter wie bisher“ gravierende Folgen für die Menschheit haben wird. Der Faire Handel kann bei einer Neuausrichtung als Kompass dafür dienen. Dazu hat die internationale Fair-Handels-Bewegung jüngst ein gemeinsames Positionspapier namens „Build back fairer“ veröffentlicht. Zum Download gibt's dies auf www.weltladen.de – verlinkt sind dort auch vom Forum Fairer Handel: der *Tagungsband Gesellschaftliche Transformation durch Fairen Handel* sowie die *Veranstaltungsdokumentation Re.Imagining Activism*.

RWLE Möller Stiftung fördert

Anna Jander und Betty Garcés

Die RWLE Möller Stiftung vergibt gegenwärtig zwei Stipendien an zwei überragende Künstlerinnen aus den Bereichen Musik und bildenden Kunst. Das Halbjahresstipendium für die erfolgreiche, international anerkannte erste Afro-Kolumbianische und lyrische Sopranistin Betty Garcés, wurde auf weitere sechs Monate (bis Ende Juli 2021) verlängert. Sie wurde im Oktober 2020 als „Emerging Artist“ (Nachwuchskünstlerin) durch die weltweit renommierte Organisation „Opera for Peace“ geehrt und darüber hinaus mit dem „Creativ Forbes“ ausgezeichnet. Wer der Künstlerin auf Instagram folgen möchte, kann dies unter >bettygarces soprano< tun, siehe auch unter www.rwle-moeller.de



Ein zweites Halbjahresstipendium vergibt die Stiftung zurzeit an die seit 1999 im Landkreis Celle lebende und freischaffende bildende Künstlerin Anna Jander. Sie absolvierte das Studium der freien Malerei und Grafik an der HbK, Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, das sie 1992 mit Diplom und als Meisterschülerin von Professor Lienhard von Monkiewitsch abschloss. Sie erhielt u. a. ein Austauschstipendium an „The School of the Art Institute of Chicago“ (USA) und lebte von 1992 bis 1999 in Berlin, wo sie Mitbegründerin des Atelierhauses Mengerzeile in Berlin Treptow war. Seit 1992 ist sie auch als Trickfilmerin tätig. Diese Arbeit begleitet ihre künstlerische Tätigkeit bis heute. 1997 bis 2000 war sie Tutorin für Hintergrundmalerei an: IFS Internationale Film Schule Köln, Animation School Hamburg, HFF Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolff (Potsdam Babelsberg). Im Kunstverein Celle ist Anna Jander seit 2018 im Vorstand vertreten und auch als Kuratorin tätig. 2009 war sie zusammen mit Klaus Jordan Mitbegründerin des Netzwerks Südheide gegen Rechtsextremismus. Zudem gewann sie 2013 den Kunstpreis des Lüneburgischen Landschaftsverbandes.



Der Celler Kulturpreisträger Dietrich Klatt schreibt zu Anna Jander, sie sei eine „intensiv schaffende Künstlerin, die erfolgreich eigene künstlerische Formen entwickelt hat, die innovativ und eindringlich

vorrangig unsere täglichen Lebensumstände und Räume spiegeln. In origineller und kreativer Weise schildert sie heimatliche Gefilde, aber auch von der Industrie verlassene, verfallende amerikanische Städte oder kunstlichtüberströmte Autostraßen im Westen der USA; für die rasend sich entwickelnden Städte Chinas findet sie neue Formen (Suzhou-Bilder) für Raum, Licht und Bewegung.“

Die RWLE Möller Stiftung vergibt beide Stipendien als Zeichen der Wertschätzung und es soll zudem die Weiterarbeit unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Zeit ermöglichen. Weitere Informationen unter www.anna-jander.com und auf der Stiftungs-Webseite.

Das Schreiben der Anderen

In diesen Lockdown-Tagen gewinnt in manchem Haushalt das gute Dampfradio im Alltag an Bedeutung; wir werden darüber informiert - je nach Sendeanstalt sogar schon frühmorgens - was die **Zeitungen** des Landes (der *Mannheimer Morgen*, *Die Volksstimme* oder die *taz*) zur aktuellen Lage meinen.

Gegen ein Uhr dann unterrichtet uns der Blick in die internationalen Blätter (*La Stampa*, *Klassekampen*, *Gazeta Wyborca*) darüber, was die Journalist*innen in Europa zu vermelden haben.

Höhepunkt des Tages ist auf dradiokultur das vormitternächtliche Stöbern im Feuilleton des kommenden Tages, hier insbesondere Auswahl und Kommentierung durch die jeweiligen Redakteure

Immerhin: während zuletzt im Mainstream-TV nichts vom kollektiven Aufschrei der britischen Printmedien über den Ausstieg Kerneuropas aus der Astraseneca-Impferei zu hören war - überraschend einmütig vom Rabaukenblatt *Sun* bis zum *Independent* - so war hierbei der Blick in die vielfältigen bürgerlichen Stimmen der europäischen **Zeitungen** ein erhellender Indikator für die Befindlichkeiten von Skandinavien bis ans Mittelmeer.

Es bleibt weiterhin allen Leuten unbenommen, sich vertiefend auf Internetforen und Plattformen oder in Periodika wie *Analyse und Kritik* oder den *Blättern* vom iz3W vertiefend umzuschauen.

Solch schöne Aufsätze wie Eva vom Redeckers „Brief aus dem Wald“ (LMd II,21), in welchem Gramscis Begriff vom Interregnum (im Moment der Krise stirbt das Alte, das Neue kann noch nicht zur Welt kommen) mit dem woodwide-web als dem einem Ort der letztmöglichen Revolution (der Errettung des Planeten vor den Menschen) zusammengedacht werden, finden sich wohl nur auf diesem typischen Pressepapier -

- wenn in Sachen Pluralismus und lebendiger Gesellschaft in Europa mittelfristig nicht US-amerikanische Verarmung herrschen soll, ist eine vielfältige und GENUTZTE Presse-landschaft unverzichtbar.



Lest diese Zeitung, lest mehr Zeitung

GEPUNKT

CZ im Sinkflug

In den vergangenen 20 Jahren ist die verkaufte Auflage der Celleschen Zeitung um knapp ein Drittel zurückgegangen. Im vierten Quartal 2000 lag die Anzahl der verkauften Exemplare bei 32.963, zehn Jahre später bei immerhin noch 30.300. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres waren es dagegen nur noch 23.651 Exemplare, davon 20.597 Abonnements. (Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW))



Blick nach Links #18

Bohrlöcher kucken

Dazu begeben wir uns auf die Seite der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover:

<https://boreholemap.bgr.de/mapapps/resources/apps/boreholemap/index.html?lang=de>

In Teile unseres Landkreises liegt ja ein Bohrloch neben dem anderen, weil: Wir waren ja mal das Texas Niedersachsens.

Bohrlöcher spielen jetzt auch eine Rolle bei der Suche nach einem Atommüllendlager. Denn angebohrte Salzstöcke sind nicht gerade ideal. Interessant für diese Frage sind jene Stellen, die auf der Karte mit einem roten Kreuz markiert sind. Dort sind die Bohrungen um mehr als 100 m in die Tiefe heruntergebracht worden. Das Ausschlusskriterium ist aber großzügig: Nur 30 Meter drumherum wird als problematisch angesehen

Hier geklickt, öffnet sich ein Datenblatt mit einem weiteren Link, der in Niedersachsen z.B. ein Bohrprofil zeigt wie das der berühmten Bohrung 1004 in Gorleben (die Älteren erinnern sich).

<https://nibis.lbeg.de/DetailseitenKartenserver/DetailseitenBohrsaeulenGeodin/Bohrungsseite.aspx?BID=2934BV0013&SEITE=1&ART=BDN>

Braucht vielleicht ein bisschen, sich die einzelnen Funktionen der Karte zu erschließen.

Endlager in Meißendorf/Wolthausen?

Fachkonferenz Teilgebiete

Unter Meißendorf/Wolthausen liegt ein Salzstock, der bei der Suche nach einem Atommüllendlager in die „engere Auswahl“ gekommen ist – oder anders gesagt: eins von knapp hundert „Teilgebieten“ geworden ist. Für die Suche nach dem Endlager ist ein aufwändiges Beteiligungsverfahren in Gang gesetzt worden.

Am ersten Februarwochenende fand der erste Beteiligungstermin statt. Drei Tage lang saßen jeweils mehrere hundert Teilnehmende vor ihren Computerbildschirmen; mit dabei Bürger*innen, Vertreter*innen von Kommunen und Wissenschaftler*innen.

Die Suche soll in einem „wissenschaftsbasierten, transparenten, sich selbst hinterfragenden und lernenden Verfahren“ vonstatten gehen. Von Seiten der Bürger*innen und der Kommunalvertreter*innen gibt es selbstverständlich ein NIMBY-Grundrauschen; also den stillschweigenden Wunsch: Not in my Backyard.

Wer also teilgenommen hat, dürfte sich im Kern um die Belange des eigenen Teilgebiets gekümmert haben, also: Wer auf einem Salzstock lebt, geht in die „Veranstaltungen“ zum Wirtsgestein Salz, und wer auf kristallinem Gestein „gebaut hat“ halt dahin, wo dies thematisiert wird.

Ja – es ließ sich einiges „lernen“. Aber: Zur Expertin wird frau an einem Wochenende selbstverständlich nicht. Trotzdem: Es gab etliche schlaue „Käpt' Blaubär“ Fragen („... durch bloßes Nachdenken ...“).

Immerhin konnten die Beteiligten Tempo aus der Suche nehmen. Der nächste Termin soll nicht, wie vorgesehen, schon im Juni, sondern erst im August folgen.

Die erste Fachkonferenz ist ausführlich dokumentiert, zu finden unter

<https://www.endlagersuche-infoplattform.de/>



Für den Landkreis Celle hat übrigens der stellvertretende Leiter des Amtes "Umwelt und ländlicher Raum", Andreas Thiess, teilgenommen. Aus Winsen/Aller wohl Herr Niemand.

Besser Wohnen

Immerhin: Celle hat seiner Stadtbibliothek die Adresse Arno-Schmidt-Platz gegeben. Da habe ich zu Beginn der 1970er Jahre „Zettels Traum“ erstmals gesehen, irgendwann auch ausgeliehen, aber in der vierwöchigen Leihfrist nicht bewältigt. Und meine „Kenntnis“ Arno Schmidts blieb dann auch beschränkt auf das Werk bis 1960. Zum Lesen von „Kaff oder Mare Crisium“ brachte mich dann nochmal Dietmar Dath durch seine Lesung zur Ausstellung zu Schmidts 100. Geburtstag im Bommann Museum. - Dies vorausgeschickt, dürfte klar sein, dass mit mir kein „Schmidt-Kenner“ Bernd Rauschenbachs neues Buch vorstellt.

Der hannoversche Wehrhahn-Verlag hat Anfang des Jahres 13 Aufsätze von Bernd Rauschenbach aus den Jahren 1998 bis 2016 unter dem Titel „Besser Wohnen“ veröffentlicht. Rauschenbach war von 1982 bis 2017 Leiter der Arno Schmidt Stiftung in Bargfeld und ist der Celler Kulturlandschaft in den letzten Jahren durch viele Lesungen fast schon ein alter Bekannter.

Der längste Aufsatz „Besser wohnen – Bargfeld Nr. 37 und der Weg dorthin“ gibt dem Buch seinen Titel. Das Wie und Warum Schmidt für die letzten 20 Jahre seines Schaffens in dem kleinen Heidedorf landet, gibt in der Tat viele Aufschlüsse über den Schriftsteller.

„Arno Schmidt und Bargfeld: kein anderes Namenspaar aus der deutschsprachigen Literaturgeschichte nach 1945 dürfte im Bewußtsein der lesenden Öffentlichkeit enger miteinander verknüpft sein als dieses.“ Rauschenbach zeigt, dass Schmidt zwar die Norddeutsche Tiefebene über Jahre hinweg als Ziel vor Augen hatte, aber Bargfeld am Ende – über viele Umwege – reiner Zufall war. Dass das kleine Haus mit der Nummer 37 auf einen

Grundzug von Schmidt Wesen verweist, macht Rauschenbach deutlich. Den Mann zog es ins „Kleine und Unscheinbare“: „Das dreigeteilte Deutschland zog er dem Deutschen Reich vor, das Dorf der Stadt, das ereignisarme Flachland dem überwältigenden Gebirge ...“

Mit zwei Aufsätze Vater Otto („Prügel und Wörter“) und seinen Schwager Rudy Kiesler („Eine Art Wiedergutmachung“) beschreibt Rauschenbach, wie familiäre Prägungen auf sehr unterschiedliche Weise Eingang ins Werk fanden.

Eine große Einladung zum (Wieder-)Lesen sind die literaturwissenschaftlichen Aufsätze des Bandes. Was will Rauschenbach? „[...] den Weg der eigenen Lektüre beschreiben und so vielleicht dem Leser neue Wege, neue An- und Einsichten zeigen.“

Das gelingt beeindruckend bei der Analyse von Seelandschaft mit Pocahontas („... a very mad affair ... / Liebe und Tod am Dämmer“), Fazit: „Wir können nicht viel mehr tun, als nach Kräften genau zu lesen; Zusammenhängen nachzuspüren; Merkwürdigkeiten zu vermelden. - Und immer wieder. Zu staunen.“ Ich bin mir fast sicher, dass auch Arno Schmidt staunen würde, was alles in seinen Texten zu finden ist.

Dabei vermeidet Rauschenbach, wie es im Klappentext richtig heißt, „jeden germanistischen Fachjargon“. Manchmal aber – auch das hat einen ganz eigenen Reiz – formuliert Rauschenbach auf den schmidtschen Interview-Sound hin.

In der Zusammenschau der Aufsätze lassen sich auch die großen Linien von Schmidts „Leben und Werk“ nachvollziehen. Die Arbeit an einer Schmidt-Biographie hat Rauschenbach, wie einer Notiz am Ende zu entnehmen ist, aufgegeben: „Die Aufsätze und Vorträge des vorliegenden Bandes bieten einen Eindruck davon, in welche Richtung(en) mein Interesse an Arno Schmidts Biographie geführt hätte.“

Bernd Rauschenbach: Besser Wohnen. Studien zu Leben und Werk Arno Schmidts. Wehrhahn Verlag, Hannover 2021, 326 Seiten, ISBN 978-3-86525-800-7, 24,80 EUR.



Foto: Rauschenbach vor Schmidts Bargfelder Haus im Gespräch mit einem journalistischen Aficionado



Fünf Jahre ist es her, dass die EU mit der Türkei ein Abkommen geschlossen hat, um die Zahl der Ankünfte von Flüchtlingen und Migrant:innen über die Ägäis zu reduzieren. Gleichzeitig entstanden auf den griechischen Inseln so genannte Hotspots, in denen die Menschen unter elenden Bedingungen auf eine Entscheidung über ihr Schicksal warten, oft monate- oder sogar jahrelang. In einer von medico in Auftrag gegebenen Studie zum fünften Jahrestag des EU-Türkei-Deals kommt der Rechts- und Politikwissenschaftler Maximilian Pichl zu dem Schluss: Das Elend in Moria und den anderen Hotspots ist keine „humanitäre Katastrophe“, sondern Ergebnis einer europäischen Politik, die auf der Auslagerung der Verantwortung für Flüchtlinge und Migrant:innen basiert.

Der Brand im September 2020 hat zwar das Lager in Moria zerstört, aber nicht das, was in der Studie als „Moria-Komplex“ bezeichnet wird. Alle in diesen Komplex verwickelten Akteur*innen tragen unmittelbar oder mittelbar zum Fortbestehen des Lagersystems und der Entrechtung von Geflüchteten bei. Die EU, der griechische Staat und die EU-Mitgliedstaaten entziehen sich ihrer Verantwortung; internationale Organisationen sind zu einem Teil des Problems und nicht der Lösung geworden. Auch die humanitäre Hilfe stabilisiert teilweise das strukturelle Unrecht des Lagersystems, statt auf seine Abschaffung hinzuwirken. Und im europäischen Rechtssystem gibt es kaum Möglichkeiten, das Unrecht juristisch anzugreifen.

Am Ende der Studie, für die Maximilian Pichl mit Expert*innen – Journalist*innen, Rechtsanwält*innen, NGO-Mitarbeiter*innen und Migrationsforscher*innen – gesprochen hat, steht die Forderung nach einer Repolitisierung des Moria-Komplexes. Die politischen Strategien der europäischen Regierungen, die zu den unhaltbaren Zustän-

den auf den griechischen Inseln geführt haben, müssen benannt und verändert werden. Es muss eine unabhängige Untersuchung der politischen Verantwortlichkeiten geben. Die Menschen dürfen nicht länger dem Lagersystem überlassen und zu rechtlosen Hilfsempfänger*innen gemacht werden. Im Zentrum jeder politischen Strategie müssen die Rechte der Geflüchteten stehen.

Download unter: <https://www.medico.de/moria>

Der lange Weg zur Drohnenmacht

Die Bundesregierung verstärkt seit einiger Zeit ihre Bemühungen, die Bundeswehr mit Drohnen aus- und aufzurüsten, die bewaffnungsfähig sind, die also Munition transportieren und sie ferngesteuert aus der Luft abschießen können. Innerhalb der amtierenden Bundesregierung ist dieses Vorhaben durchaus umstritten. Unser Wahlkreisabgeordneter Henning Otte (CDU) mit: „Drohnen sind nichts anderes als ferngesteuerte Fluggeräte.“ Für ihn geht es um Leben und Tod: „Leben, wenn man sich gegen einen Beschuss mit bewaffneten Drohnen wehren kann; Tod, wenn man sich gegen diesen Beschuss nicht wehren kann.“

Die Rosa Luxemburg Stiftung hat kürzlich eine Studie veröffentlicht, in der der Rüstungslobbyisten nur „sozialistisch-pazifistische Ideologie“ erkennen dürfte.

In der Studie wird die Entwicklung der Beschaffung von Aufklärungs- und bewaffnungsfähigen Drohnen durch die Bundeswehr dargestellt.

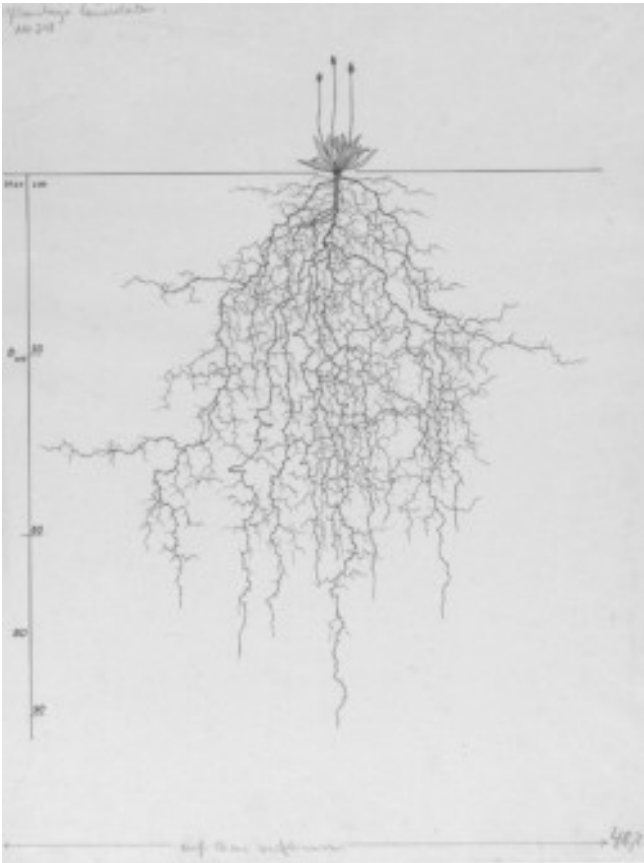
Der Autor Matthias Monroy zeigt auf, welche lange Vorlaufzeit dieser Prozess hatte und welche Tiefe er längst genommen hat. Die Studie leistet damit notwendige Recherchearbeit für die politische Diskussion der Drohnenfrage innerhalb und außerhalb des Parlaments. Sie eignet sich insbesondere als unterstützendes Informationsmaterial für die vielen friedensbewegten Initiativen, die seit Monaten nicht zuletzt auf die SPD in der Bundesregierung einwirken, ihre Haltung in dieser Frage noch einmal zu überdenken. Zugleich soll sie als Bildungsmaterial die Öffentlichkeit über den Stand der Entwicklung informieren und zur demokratischen Willensbildung beitragen.

Matthias Monroy: Der lange Weg zur Drohnenmacht. Unbemannte Systeme bei der Bundeswehr; herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2021

Hier zum Download: <https://www.rosalux.de/publikationen>



Foto: CC BY 4.0, Julian Herzog, via Wikimedia Commons



Das Wissen darum sollte allen Landschaftsgärtner:innen und Gartenbesitzer:innen, ach, überhaupt allen, als Prüfungsfach verordnet werden.

Abb.: Spitzwegerich (*Plantago lanceolata*)/Wageningen University & Research/NL

Ansulls „Papierstreifen“ in 2. Auflage

Wir haben in der revista den Prosaband von Oskar Ansull schon im Herbst letzten Jahres besprochen. Er wurde auch in der CZ freudig von Andreas Babel begrüßt: „*Antike, Goethe, New York und Westercelle: Was das alles miteinander zu tun hat? Na, das sind Papierstreifen im neuen Buch von Ansull. Das sind herrliche Papierstreifen.*“

Dem ist nicht viel mehr hinzuzufügen als die Nachricht, dass die erste Auflage (22 €) inzwischen vergriffen ist und die zweite in etwas preiswerterer Klappbrochur (20 €) erschienen, also sind die Streifen wieder lieferbar. Das Buch ist auch überregional mehrfach rezensiert worden. So bezeichnet Andreas Nentwich (Zürich) Ansulls Prosa als „*eine Handreichung zum Selberdenken*“, Michael Zeller (Wuppertal) konstatiert: „*Ganz selten*



Fotos: Malte Nies

Im Wald und auf der Heide #32

Im Reich der Arthropoden

Ein wenig bis gar nicht beachteter Aspekt der zunehmenden Verschotterung und Betonierung ganzer Neubaugebiete und Gärten jeden Alters ist die Sache mit dem Unkrautvlies, der Plastikfolie, die das Aufwachsen von Wildkräutern verhindern soll, mit dem Einsatz dieser Sperre aber weitaus mehr verloren geht als „nur“ die oberirdischen Teile der sogenannten Unkräuter.

„*Verloren geht ein unterirdischer Kosmos aus eng verflochtenen Wurzeln und Pilzen, der viele Meter in die Tiefe reicht. Verloren geht das älteste Informationsnetzwerk der Welt, das Wood Wide Web. Verloren geht ein vielfältiges Bodenleben aus Würmern, Gliederfüßern und Einzellern, das mit und von diesen Wurzeln lebt. Verloren geht so auch die schwammartige Bodenstruktur, die hilft Wasser zurück zu halten und zu speichern. [...] Der Boden ist unser "Regenwald" und im wahrsten Sinne Grundlage unserer Existenz. Er trägt uns in jeder Hinsicht [...] In ihrer Gesamtheit findet eine artenreiche Wiese zum größten Teil unterhalb der Erde statt. Das, was sie uns von sich zeigt, dient eigentlich nur ihrer Ernährung und dem Sex.*“ (Ulf Soltau bei facebook/Gärten des Grauens).

Beim Betrachten der Bilder, die unter diesem Link <https://images.wur.nl/digital/collection/coll13/search/>

<https://www.facebook.com/media/set/...> von der Wageningen University & Research/NL zur Verfügung gestellt werden, kommt man aus dem Staunen garnicht raus: Unbedingt ankommen! Wageningen University & Research Images Collection.

Eine wahrlich beeindruckende Welt, die sich da eröffnet!

braucht diese 'kleine Prosa' mehr als zwei Seiten, um ihrer Sache auf den Grund zu kommen - oder sie auf den Punkt zu bringen. Beides in einem“. Thomas Isermann (Berlin) trifft es, wenn er schreibt, dass dieser Band: „... *insgeheim die Poetik der Kalender-Literatur*“ enthält und Bert Strebe jubelte in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ), insbesondere über die Geschichten aus dem Dorf: „*Grandios!*“ Was soll man dazu noch sagen? Ab in die Buchhandlung und nach Ansulls „Papierstreifen“ fragen. Kann auch direkt beim Wehrhahn Verlag in Hannover bestellt werden.

Unsere Grundrechte in Corona-Zeiten

Demokratie im (unendlichen) Ausnahmezustand

Wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurde basierend auf dem Infektionsschutzgesetz so massiv und flächendeckend in unsere Grundrechte eingegriffen. Seit über einem Jahr werden unter der Prämisse, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, um das kaputtgesparte Gesundheitswesen vor Überlastung zu bewahren und das Leben besonders gefährdeter Personen zu schützen, zentrale Freiheitsrechte zwangsbewehrt eingeschränkt. Die Beurteilung, ob und wie weit das Corona-Krisen-(Miss)Management den Zielen mit den ergriffenen Maßnahmen nähergekommen ist, kann jede*r selbst treffen.

Aber um welche Grundrechte geht es eigentlich? Von den 19, die das Grundgesetz (GG) festschreibt, sind durch die Corona-Krise acht betroffen.

Artikel 2 – Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person

Die Quarantäne beschränkt die Fortbewegungsfreiheit. Das Kontaktverbot beschränkt das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Denn es gehört zur freien Entfaltung der Person, andere Menschen zu treffen.

Artikel 4 – Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit, Kriegsdienstverweigerung

Gottesdienste waren und sind zum Teil noch verboten.

Artikel 8 – Versammlungsfreiheit

Demonstrationen sind nur unter strengen Auflagen (begrenzte Teilnehmerzahl, Abstandsregeln pp.) erlaubt.

Artikel 10 – Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Behörden dürfen schriftliche Mitteilungen möglicher Infizierter unter Umständen lesen.

Artikel 11 – Freizügigkeit

Das Reisen in andere Bundesländer oder Städte sind oder waren verboten. Das Recht, sich frei zu bewegen, wurde eingeschränkt. Wer sich für den Gang vor die Tür oder Reisen rechtfertigen muss, ist in seiner Freizügigkeit beschränkt.

Artikel 12 – Berufsfreiheit

Die freie Berufsausübung ist und war in großen Teilen verboten (Kunst & Kultur, Gastronomie, Hotelgewerbe, Einzelhandel, Sport pp.). Auch zwangsweise verordnetes Homeoffice bei Quarantänemaßnahmen ist ein solcher Eingriff.

Artikel 13 – Unverletzlichkeit der Wohnung

Besuch des Amtsarztes oder Kontrolle des Kontaktverbotes.

Artikel 14 – Eigentumsgarantie

Eigentum kann unter Umständen nicht frei genutzt werden z.B. Ferienwohnung

„Wenn sich das über eine längere Zeit hinzieht, dann hat der liberale Rechtsstaat abgedankt.“ (Prof. Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts in der Süddeutschen Zeitung)

Und da gibt es erstaunlicherweise - auch in Celler linksliberalen Kreisen – Menschen, die allen Ernstes fragen: „Wie? Welche Grundrechte sind eingeschränkt?“ Diese Aussagen kann man sich nur mit der täglichen Angst- und Panik-Propaganda der Mainstream-Medien erklären. Diese führt in erschreckender Weise zu einer erschütternden Bereitwilligkeit seitens der Mehrheit der Bevölkerung, das Außerkraftsetzen von Bürgerrechten als alternativlos zu akzeptieren.

Gemäß Infektionsschutzgesetz muss jede Maßnahme zeitlich begrenzt sein und je stärker die Grundrechte eingeschränkt werden, desto effektiver und zuverlässiger müssen die Maßnahmen sein. Bisher erleben wir nur ein Hangeln von Lockdown zu Lockdown und ein „Durchgreifen“ ohne lästige Debatten im Parlament.

Diese Maßnahmen **müssen** kritisch hinterfragt werden dürfen und auf Verhältnis- und Verfassungsmäßigkeit überprüft werden. Der Kern der Demokratie ist der Diskurs. Nur er hält die Gesellschaft zusammen. Eine offene und kontroverse Debatte findet leider nur begrenzt oder gar nicht statt. Es herrscht Angst, Einseitigkeit, Konformitätsdruck, Diffamierung und Ausgrenzung.

Zweifel – der Kern von Wissenschaftlichkeit – müssen erlaubt sein, wenn es um einschneidende und so folgenreiche Maßnahmen geht, die auf Basis ungesicherter wissenschaftlicher Datenlage verhängt werden: die Inzidenzwerte.

„Mit Abs. 4 des § 28 a des Infektionsschutzgesetzes will der Gesetzgeber die Anwendung der vorgesehenen Maßnahmen mithilfe der Inzidenzwerte (Neuinfektionen je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen) steuern. Der Denkansatz, dass umso intensivere Maßnahmen ergriffen werden sollen, je stärker das Infektionsgeschehen ist, entspricht im Ansatz dem Verhältnis-mäßigkeitsgedanken. **Allerdings sind die Inzidenzwerte als Steuerungsinstrument insofern ungeeignet.** Der Gesetzgeber und die Anwendungspraxis verstehen unter ‘Neuinfektionen’ nämlich die vom Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlichten neuen ‘bestätigten Fälle’, die regelmäßig durch PCR-Tests ermittelt worden sind. Ein positiver PCR-Test zeigt jedoch nicht notwendig eine aktuelle Infektion, geschweige denn eine Infektiosität der positiv getesteten Personen, an. Vor allem aber ist die Zahl der positiv Getesteten auch deshalb nicht mit der Zahl der Infizierten identisch, weil die **Dunkelziffer**

nicht erfasst wird. Die vom RKI gemeldeten Zahl der 'Neuinfektionen' hängt davon ab, wie viele Personen getestet werden. Verdoppelt man die Zahl der Tests, dann verdoppelt sich wahrscheinlich auch die Zahl der positiv Getesteten, vulgo 'Neuinfizierten'. Man kann eine Überschreitung der Inzidenzwerte durch Erhöhung der Anzahl der Tests und eine Unterschreitung durch Verringerung der Tests herbeiführen. **Die Inzidenzwerte sagen daher isoliert betrachtet über die Gefahrenlage nichts aus.** Sie sind ungeeignet, die Verhältnismäßigkeitsprüfung sachgerecht zu steuern und können nur ergänzend neben anderen Kriterien zur Gefahrenprognose mit herangezogen werden.“ (Prof. Dr. D. Murswiek, Institut Öffentliches Recht Uni Freiburg; in: Die Corona-Waage – Kriterien für die Prüfung der Verhältnismäßigkeit von Corona-Maßnahmen, Neue Juristische Wochenschrift 5/2021, S. 1-15, 40. Jahrgang, 1. März 2021)

Was sollen eigentlich Menschen machen, die an der Corona-Politik der Regierung (ver)zweifeln, die aber keine Lust haben, an Demos teilzunehmen, weil Leute mit rechter Gesinnung sich untermischen? Wo gibt es eine alternative Demo, wo ein Ort für Diskussion. Was offenbart sich da an linker Kritik(un)fähigkeit in Coronazeiten? Es wird von linker Seite Kritik an den Kritiker*innen geübt, ohne zu differenzieren. Wenn Linke nur noch Rechte sehen, auch wo keine sind, dann überlassen sie das Feld den Rechten. Grundrechtsverteidiger*innen sind keine Corona-Leugner. Corona-Leugner stehen außerhalb des Diskurses.

Um der Gefahr eines Gewöhnungseffekts in Richtung Normalisierung des Ausnahmezustandes zu begegnen, ist höchste Wachsamkeit angesagt.

Heribert Prantl - früherer Politik-Chef der Süddeutschen Zeitung und Jurist - hofft, dass die Gesellschaft aufwacht. Denn laut Prantl ist das Wesen der Grundrechte, dass sie gerade in einer Krise gelten müssen. Deswegen heißen sie Grundrechte.

Ganz schlimm wird es, wenn im Zuge der Impfdebatte im Zusammenhang mit Grundrechten von Privilegien die Rede ist.

Es geht hier nicht um Privilegien, sondern um die Rücknahme von Grundrechtsbeschränkungen. Nicht die Ausübung von Grundrechten bedarf der Rechtfertigung, sondern die Einschränkung der Grundrechte durch den Staat.

Wie wir seit George Orwells Roman "1984" wissen, beginnt die schleichende Freiheitsberaubung damit, Worte und Begriffen eine neue Bedeutung zu geben.

Festzuhalten ist, dass die anhaltenden Maßnahmen zu ökonomischen wie auch sozialen und psychischen Kollateralschäden in einem Umfang herbeigeführt werden und wurden, wie es sie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben hat.

Die Zukunft wird zeigen, ob die Corona-Maßnahmen die größere Katastrophe waren als das Virus selbst.

Kein Vergessen!

Arkan Hussein Khalaf

* 01.07.2004

† 07.04.2020

„Wir sind über das Wasser gekommen und hier im Blut ertrunken.“

Arkan floh mit seiner Familie aufgrund des Genozids an den Êzîd_innen in Şengal durch den sogenannten IS im Jahr 2014 nach Celle.

Wenige Jahre später wurde er in Celle am 7. April 2020 getötet.

Unser tiefes Mitgefühl gilt der Familie und allen Freund_innen von Arkan.

Antirassistische Gedenkdemonstration: 7. April - 16:30 Uhr – Triftpark Celle

Initiative in Gedenken an Arkan



Wie wir uns beim Klimaschutz (oft) in die Tasche lügen

Viele meinen, ein bisschen „grünen“ Strom beziehen, weniger Fleisch essen und mehr Fahrradfahren - und dann könnten wir ohne allzu große Einschränkungen weiterleben wie bisher. So überprüfen wir im Internet gelegentlich unseren ökologischen Fußabdruck und freuen uns, wenn er nicht gewachsen ist. Und wir denken bei Grauer Energie vor allem an Beton und fragen lieber nicht nach, auf welcher Grundlage das alles berechnet und auf wessen Kosten unser „Wohlstand“ produziert wird. Zum Beispiel setzt laut diverser Statistiken jeder Deutsche pro Jahr ca. 9 t bis 11 t Treibhausgase (THG) frei, sozusagen unser persönlicher CO₂-Fußabdruck. Schon diese uneinheitlichen Zahlen zeigen, dass es bei ihrer Höhe sehr auf die Berechnungsmethode ankommt. Das soll anhand einiger ganz unterschiedlicher Beispiele gezeigt werden.

Unser ökologischer Fußabdruck – ein Fußtritt für die Armen weltweit!

Das meiste THG stammt gar nicht – wie viele meinen – aus Heizen oder Autofahren, sondern 40 % werden durch unseren „allgemeinen Konsum“ verursacht. Was wir hier mit Freuden konsumieren, basiert meist auf Rohstoffen, Naturzerstörung, Hungerlöhnen und Kinderarbeit in den armen Ländern der Erde. Dabei wird z.B. in Afrika, je nach Land, von den Bewohnern nur 1/10 bis 1/40, unserer THG-Emissionen produziert. Und wenn einige wenige Länder wie Nigeria, Kongo oder Südafrika ähnlich hohe THG Ausstöße haben wie in Europa, dann nur, weil dort die Rohstoffe für unser Wirtschaftswachstum abgebaut werden, während dort bis zu 80 % der Bevölkerung an oder sogar unter der Hungergrenze leben.



Mit bis zu 180 Kleidungsstücke pro Jahr schaffen wir weltweit „Arbeitsplätze“

Im Durchschnitt kauft jede*r Deutsche 60 Kleidungsstücke pro Jahr, bei Frauen sind das inklusive Unterwäsche und Socken sogar 190. Und 90% der jungen Frauen geben Shopping als ihre Lieblingsbeschäftigung an. (Zur Ehrenrettung: Männer haben, dank höherem Einkommen, dickeren Autos und Motorrädern einen trotzdem höheren CO₂-Fußabdruck als Frauen). Für unsere Fast Fashion werden weltweit Unmengen an Baumwolle unter umwelt- und klimaschädlichen Bedingungen angebaut und auch die inzwischen überwiegend verwendeten Kunststofffasern verseuchen weltweit nicht nur das Meerwasser, sondern auch das Trinkwasser mit Mikroplastik. So wird eine Unmenge an Ressourcen vergeudet, Natur geschädigt, menschliche Gesundheit gefährdet und THG produziert. Zyniker behaupten, dass unser Textil-Konsum immerhin Arbeitsplätze in den armen Ländern schaffe. Ja stimmt, nachdem die Menschen dort durch Land Grabbing, Zinsknechtschaft, Agrarimporte und Klimawandel zur Landflucht gezwungen wurden, dürfen sie nun zu Hungerlöhnen in Sweat Shops schufteten, falls sie nicht gerade dabei verbrennen oder durch einstürzende Neubauten verschüttet werden.

Nur 8 % THG aus deutscher Landwirtschaft – eine gern geglaubte Lüge

Im Jahr 2016 hat die Landwirtschaft angeblich nur ca. 8 % zum THG-Ausstoß in Deutschland beigetragen. Aber: Was für die deutsche Landwirtschaft an Futtermitteln aus aller Welt importiert wird, verdoppelt und verdreifacht den THG-Ausstoß. Da werden in Brasilien Wälder abgebrannt und unter hohem Pestizid-, Dünger- und Wassereinsatz Soja angebaut, dasselbe passiert z.B. in Indonesien, wo das z.B. für unsere Milchproduktion als Kraftfutter inzwischen unverzichtbare Palmöl gewonnen wird. Und was antwortet ein regionaler, bäuerlicher Bio-Eier-Betrieb ganz verschämt, wenn man/frau nach der Herkunft des Biokraftfutters für seine Hühner fragt? „Ukraine“, ein Land, wo ja bekanntermaßen alles strengstens kontrolliert wird.

Veganes Essen – Weltrettung als persönlicher Wohlfühlfaktor

Wer die Tierquälereien der Massentierhaltung nicht unterstützen und seinen Treibhausgasausstoß verringern will, für den/die ist vegane Ernährung eine prinzipiell gute Lösung. Auf vegane Wurst oder Burger mit bis zu 21 künstlichen oder nicht naturbelassenen Inhaltsstoffen wollen wir hier gar nicht eingehen, da ist der Selbstbetrug offensichtlich. Doch woher kommen eigentlich die Eiweiß- oder fettreichen Stoffe, die nun Fleisch, Milch, Butter und Käse ersetzen müssen? Ölpalmen und Kokospalmen wurden vor 1950 – bei ca. 2,2 Mrd. Weltbevöl-

kerung – in einem Ausmaß angebaut, dass es für die Fettversorgung der Bevölkerung in den Anbauländern reichte, und darüber hinaus die Armen in den Industrieländern mit Billigmargarine versorgt werden konnten. Heute hat sich die Anbaufläche im Vergleich zu 1960 auf das 70-fache gesteigert (allein von 1980 bis 2020 nochmal verdreifacht). Zu 60 % dienen die Palmöl und Kokosfette heute immer noch zur direkten Fettversorgung der auf 8 Mrd. angewachsenen Weltbevölkerung, ca. 20 % werden als Futtermittelzusatz und ca. 20 % zu „Bio“diesel und „grünen“ Waschmitteln verarbeitet. Speziell Kokosfett dient in der Lebensmittelindustrie heute als das (!) Billigfett, „zertifiziert“ kostet es im Bioladen den 10-fachen Preis. Bei Soja, einem guten Eiweißlieferanten – zu 75 % als Futtermittel und zu 25 % direkt als Lebensmittel verwendet –, ist die Situation ähnlich. Für den Sojaanbau wurden z.B. in Brasilien bereits ca. 25 % des Regenwalds abgebrannt und in Paraguay bereits 80 %. Optimistische Klimaschützer*innen schlagen vor, bei Abschaffung zumindest der Massentierhaltung (eine Reduzierung der weltweiten Viehhaltung auf ca. 1/10 ist im Sinne des Klimaschutzes unerlässlich) die bisherige Tierfutteranbauflächen zur veganen Ernährung der Weltbevölkerung zu nutzen. Das wäre rein rechnerisch in etwa möglich, doch soll die Klimakatastrophe wirklich aufgehalten werden, müssten diese Anbauflächen eigentlich wieder aufgeforstet werden. Klimabewusste, deutscher Veganer*innen müssten sich also auf das beschränken, was regional an fett- und eiweißreichen Feldfrüchten gedeiht. Aber das hat in Deutschland bereits zu Zeiten noch nicht industrialisierter Landwirtschaft nie zur Ernährung der Bevölkerung gereicht. Die deutsche Landwirtschaft müsste also auf moderne, produktive Ökolandwirtschaft umgestellt werden und nicht mehr für den Weltmarkt, sondern vor allem für den regionalen Bedarf produziert.

Nur ca. 1,75 t Treibhausgas für Heizen und Warmwasser?

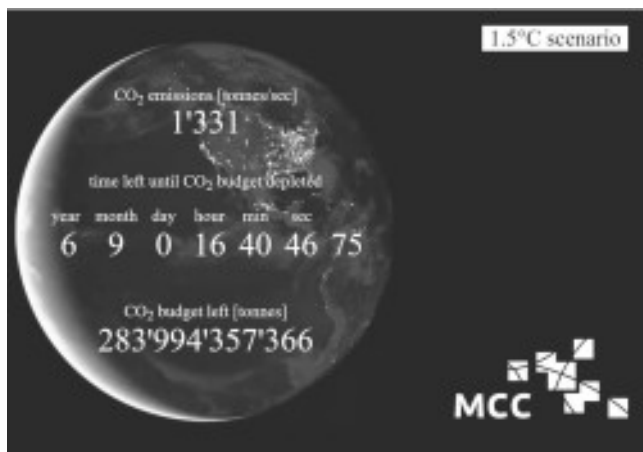
Laut Statistik setzt jede*r Deutsche pro Jahr 1,75 t THG für Wärme frei. In Wirklichkeit ist das viel mehr. Denn bevor das Heizöl im häuslichen Tank ist oder das Erdgas in der Therme brennt, wurde bereits dieselbe (Erdgas) bzw. die zweifache (Heizöl) Menge an Energie verbraucht bzw. als THG freigesetzt. Für die Erschließung der Ölfelder, für Förderung, Raffination, Lagerung und Transport des Heizöls. Bei Erdgas wird vor allem für die Kompression zum Transport des Gases in den Pipelines Energie verbraucht und durch Leckagen bei Gewinnung und Transport viel Methan (ca. 25-mal stärkeres THG als CO₂) freigesetzt. Selbst wenn wir mit einer Wärmepumpe heizen, ist das, solange nicht der gesamte Strom regenerativ ist, noch immer klimaschädlich. Weshalb wir uns für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in großem Maßstab einsetzen müssen.



Holzbau statt Beton, nur gut für das „grüne“ Gewissen

Bei der Energiebilanz jeden Produkts muss die Gesamtlebensbilanz von der Rohstoff-Gewinnung und -Verarbeitung, über Produktion und Nutzung bis letztlich Entsorgung oder Recycling betrachtet werden. In der Fachsprache nennt man das auch Kumulierten Energie Aufwand (KEA). Steckt in einem Produkt viel „unsichtbare“ Energie spricht man auch von „Grauer“ Energie. Für eine Ökobilanz müssen über den gesamten Lebenszyklus zusätzlich auch noch Umweltschäden und Treibhausgas-Emissionen berücksichtigt werden. Auch hier wird oft (bewusst) falsch gerechnet, zum Beispiel beim Vergleich Bauen mit Beton oder Holz. Auf den ersten Blick scheint die Sache klar zu sein. Die herkömmliche Forstwirtschaft und die gerade aufblühende Holzbauindustrie sagt: *„Holz ist ein nachwachsender Rohstoff und zumindest in dem für den Bau verwendeten Holzanteil, bleibt das im Holz gespeicherte CO₂ langfristig gebunden.“* Doch leider stimmt das nicht mehr!

Seit spätestens 10 Jahren wird in Deutschland und auch weltweit mehr Holz verbraucht als nachwächst. Durch den Klimawandel sterben bereits weltweit Wälder ab, zum Beispiel die borealen Wälder im Nordwesten Kanadas. Und in Teilen Afrikas und Südamerikas beginnt bereits eine Desertifikation. Auch bei uns sind innerhalb von nur drei Jahren 280.000 ha Wald (Größe des Saarlands) abgestorben und ca. 80 % der noch stehenden Bäume sind laut Waldzustandsbericht 2021 bereits stark geschädigt. Der Wald darf deshalb eigentlich nicht mehr als wirtschaftlich genutzt werden, sondern müsste als CO₂- und Wasserspeicher, zur Regulierung des Mikroklimas und zur Förderung der Artenvielfalt in einen geschützten Naturwald umgewidmet werden. (Wie ja inzwischen auch einige Forstwissenschaftler fordern). Gerade die großen, alten Bäume – als Bauholz besonders gut geeignet – müssten zum Schutz der jungen Bäume und als Erosionsschutz dringend im Wald verbleiben. Im Übrigen wurden noch 2018 über 60 % des in Deutschland verbrauchten Holzes importiert, eine Verdreifachung des Imports innerhalb von nur 15 Jahren. Absolut ist die Menge des Holzimports doppelt so hoch wie die Exporte. Kein Wunder, wird doch gerade im Holzbau bevorzugt sibirische Fichte und Lärche verbaut und auch die für Terrassendielen und Holzverkleidungen gerne genutzte Douglasie wird zu fast 100 % importiert.

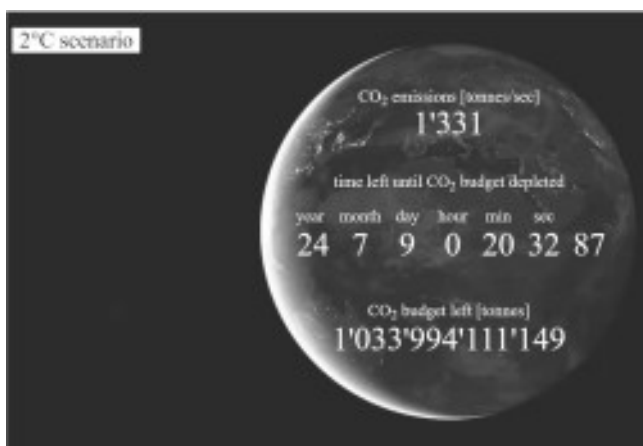


Vergleichsweise ist Beton auf den ersten Blick eher noch schlechter. Durch die Zementherstellung bei hohen Temperaturen bis zu 2000 °C ist Beton energieintensiv und zusätzlich wird durch das Brennen des verwendeten Kalks sehr viel CO₂ freigesetzt. Im Vergleich zum Holzbau ist ein herkömmlicher (!) Betonbau, der spätestens nach 50 Jahren abgerissen und neugebaut wird, hinsichtlich THG-Emission, Energie- und Ressourcenverbrauch tatsächlich eine Katastrophe. Würde jedoch das Betonhaus aus einem Stahlbeton-Festigkeitsgerippe errichtet und die Wände aus Porenbeton bester Isolationsklasse, dann würden nur noch ca. 1/10 des energetisch- und klimakritischen Zements verbraucht. So könnte – in standardisierter Bauweise – mit „Beton“ besonders kostengünstig ein Passivhausstandard erreicht werden. Wird dieses Passiv-Beton-Haus dann 100 Jahre genutzt, ist die Lifetime Energie- und Ökobilanz hervorragend. Es kommt also bei Öko- und Energiebilanz sehr darauf an, wie lange ein Haus oder ein Gerät genutzt wird, ohne zusätzlich Energie und Ressourcen für Reparatur und Erhalt aufzuwenden. So wurde z.B. für das Umweltamt München der Amtssitz nicht neugebaut, sondern ein alter Stahlbeton-Skelettbau aus den frühen 1960er Jahren wurde entkernt und mit Porenbeton isoliert.

Kurzum, ohne massive staatliche Eingriffe in Forst- und Bauwirtschaft werden auch die Reste unserer Wälder verheizt und verbaut werden.

Das glaubt sogar Kretschmann: „Neue Autos sind klimafreundlicher als alte“

In Wirklichkeit wurden Pkws trotz effizienterer Moto-



ren und der Verwendung leichter Baumaterialien im Lauf der letzten 30 Jahre stets größer, schwerer und leistungsstärker. Wer damit mit 160 km/h und mehr über die Autobahn braust oder jeden Tag das Kind zum Kindergarten bringt, und dann nach 10 Jahren einen neuen dieser „SUVs“ anschafft, hat einen riesigen Fußabdruck. Wer dagegen seinen 25 Jahre alten Pkw nur im Notfall verwendet, und sonst Fahrrad, ÖPNV oder Zug nutzt, steht bzgl. KEA und Ökobilanz wesentlich besser da. Übrigens, wenn Alle, die jetzt einen Verbrenner fahren, diesen durch einen E-Pkw ersetzen würden, wäre das bzgl. Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch eine Katastrophe. Die Alternativen zum individuellen Pkw-Verkehr sind es, die gefördert werden müssen. Das wird nur gegen den Widerstand der Pkw-Industrie und kurzsichtiger (!) Gewerkschafter möglich sein.

Unser CO₂-Budget ist längst ausgeschöpft, wir leben auf Kosten anderer

Um die Erderwärmung mit 66 %-Wahrscheinlichkeit unter 1,5 Grad zu halten, errechnete der 2018er-IPCC-Bericht ein Restbudget für den gesamten Planeten von 420 Mrd. Tonnen CO₂, was seitdem auf gut 280 Gigatonnen geschrumpft ist – beim derzeitigen Tempo ist das Budget in nicht einmal sieben Jahren aufgebraucht. Jahre Zeit. Von diesem Restbudget kann Deutschland bestenfalls den Anteil beanspruchen, der unserem Anteil an der Weltbevölkerung (1,1 Prozent) entspricht, das wären dann ca. 3 Mrd. t. Doch das berücksichtigt nicht, dass Deutschland dank seiner frühen Industrialisierung längst schon Treibhausgase in die Luft geblasen und Wohlstand aufgebaut hat, als andere noch gar nicht damit angefangen hatten. Würde man diese unsere Alt-Emissionen berücksichtigen, dürften wir eigentlich ab sofort gar kein THG mehr produzieren. So fordert z.B. das New Climate Institute aus Gründen der Klimagerechtigkeit bereits für 2030 CO₂-Null in Deutschland. Und das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und andere sagen, technisch-organisatorisch ist das bis 2035 möglich und als viertgrößte Wirtschaftsmacht der Erde kann sich Deutschland das auch leisten. Wenn nicht, leben wir – solange das noch geht – noch krasser auf Kosten der Armen der Welt als schon jetzt. Und das ist keine moralische Vorhaltung, sondern eine Tatsachenfeststellung.

Nachhaltigkeit statt „grünem“ Wachstum!

Wenn die Ressourcen schwinden, die Umweltschäden anwachsen und die Erdtemperatur steigt, genügt eigentlich eine mittelmäßige Grundschulbildung, um zu erkennen, dass eine auf fortwährendem Wachstum basierende Wirtschaft in die Katastrophe führen muss. Es wäre also absolut dumm, den Ideologen einer freien Marktwirtschaft folgend, den Ast auf dem wir alle sitzen abzusägen. Das heißt nicht, dass wir in den reichen Ländern – wo es übrigens auch genug Arme gibt – nun auf alles verzichten müssten. Doch hängt unser aller Wohl, wirklich von Flugreisen, Fashion Mode, aufwändigen Kunststoffverpackungen, Streaming Diensten usw. ab? Warum gibt es z.B. nicht gesetzliche Vorgaben, dass Smartphones, TV-Bildschirme oder Haushaltsgeräte mindestens

Politische Bildung

(!) 15 Jahre halten und genutzt werden müssen? Oder dass z.B. E-Pkws (soweit überhaupt noch nötig auf min. 30 Jahre Nutzung ausgelegt sein müssen? Ganz offensichtlich ist dies mit der herrschenden Religion des Wirtschaftswachstums nicht vereinbar! Da hilft auch nicht das von Habeck, Baerbock und Co versprochene „grüne“ Wachstum. Richtig daran ist lediglich, dass das Schrumpfen herkömmlicher Industrien zunächst durch das Wachsen nachhaltiger Industrien weitgehend kompensiert werden könnte. Doch wenn die von den neuen Industrien produzierten „grünen“ Produkte und Technologien tatsächlich nachhaltig sind, wird es mit dem Wachstum vorbei sein. Soweit muss man den „jungen Wilden“ von Extinction Rebellion recht geben, ohne einen System Change, ist der Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschheit nicht möglich.

Weltweite Klimagerechtigkeit – nicht auf Kosten der Armen hierzulande

Die Armen in unserer Gesellschaft bis hin zum Normalverdiener empfinden Klimaschutz oft als Existenzbedrohung. Wenn dann z.B. durch die CO₂-Bepreisung die Heizkosten steigen, trifft das vor allem die unteren 30% unserer Gesellschaft, die ohnehin bereits 50% ihres Einkommens für Miete ausgeben. Und wenn dann gefordert wird, wir müssten mehr für ökologische und klimafreundliche Lebensmittel ausgeben, ist das für die Armen unserer Gesellschaft Hohn und Spott. Solange hierzulande die Armen und nicht die (Ursachen der) Armut bekämpft werden, wird eine tatsächliche Energiewende den gesellschaftliche Frieden gefährden. Ein System Change ist also auch in diesem Sinne nötig.

Klimaschutz ist keine Frage der Moral, sondern der Vernunft

Auch der Weltbank sind die Armen egal, sie macht sich aber Sorgen ums ungestörte Geschäft. Sie diagnostiziert: *„Wenn 2,5 Mrd. Menschen durch den Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten in die Städte und/oder in die reichen Länder drängen, führt das durch politische Unruhen und militärische Konflikte auch zum Kollaps der Wirtschaft.“* Gesellschaftlichen Kollaps durch Klimawandel befürchtet auch ein aktueller Appell von über 500 Wissenschaftlern weltweit. Und dass Krieg die Folge des Klimawandels sein wird, da sind sich auch die EU und Deutschland längst sicher. Sie rüsten Burkina Faso, Mali, Tschad und Niger mit modernsten Waffen und Radar kontrollierten Grenzzäunen auf (und die Aktienkurse von Rheinmetall und Airbus Defence steigen). So werden die Armutsflüchtlinge nicht erst – wie Beatrix von Storch (AFD) inhuman forderte – an der EU Außengrenze, sondern ganz human bereits in Afrika totgeschossen. Wenn der Klimawandel nicht als Klimakatastrophe in Mord und Totschlag enden soll, ist es eine Frage der Vernunft, nicht nur eine schnelle Energiewende herbeizuführen, sondern gleichzeitig auch gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen hierzulande und vor allem auch weltweit zu schaffen.

Fake Facts

Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen

12.04.2021, 18:30 - 20:00 Uhr

Die Sozialpsychologin Pia Lamberty beleuchtet das verschwörungsideologische Milieu – von Rechtsextremismus bis hin zur Esoterik.

Anmeldung per E-Mail über anmeldung@rls-hamburg.de. Bitte Namen und Wohnort angeben. Die Zugangsdaten für die Veranstaltung werden am Tag der Veranstaltung an alle Angemeldeten per E-Mail verschickt.

Tim Jackson: Prosperity without Growth / Wohlstand ohne Wachstum

12.04.2021, 20:00 - 22:00 Uhr

Der Kapitalismus ist kaputt. Das ständige Streben nach Wachstum hat zu Klimakatastrophen, sozialer Ungleichheit und finanzieller Instabilität geführt - und uns schlecht auf das Leben in einer globalen Pandemie vorbereitet. Tim Jacksons stellt eine Welt jenseits des Kapitalismus vor - eine Welt, in der soziale Beziehung und Bedeutung wichtiger sind als Profit und Macht.

Auf Englisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche.

Anmeldung über: <https://www.helle-panke.de/>

Teure Mieten, wenig Wohnraum, viel Redebedarf

Podiumsdiskussion zum Grundrecht Wohnraum

24.04.2021, 16:00 - 18:00 Uhr

Podiumsgespräch mit Jakob Novotny (Aktivist aus Ludwigsburg), Britta Möisinger (Aktivistin beim Leerstandsmelder Stuttgart), Dr. Werner Rügemer (Köln, Publizist und Berater), Anja Gammer (Mitarbeiterin bei Frauen für Frauen e.V. aus Ludwigsburg), Peter Schumacher (Ambulante Hilfe Stuttgart e.V.)

Livestream: www.mutgegenrechts.org

Die Rätsel Chinas

Staatskapitalismus oder sozialistische Marktwirtschaft?

28.04.2021, 19:00 - 21:00 Uhr

Mit Wolfgang Müller (IG Metall Bayern, China-Experte)

Livestream unter: <https://www.facebook.com/rosalux.sachsen/live>

Mehr unter

<https://www.rosalux.de/veranstaltungen>

<https://calendar.boell.de/>

<https://www.fes.de/veranstaltungen>

25 JAHRE SOZIOKULTUR



FREIRAUM GEMEINSAM GESTALTEN

